

Einleitung der Herausgeber

I. Das vergessene Buch

*Helmut Müller-Enbergs**

1. Entstehungshintergrund

„The Soviet Zone of Germany“¹ entstand in den Jahren 1955/56 an der Harvard University. Der Band war Teil eines groß angelegten Vorhabens, das 1948 unter der Leitung des Yale-Anthropologen Clellan S. Ford (geb. 1909, gest. 1972) begonnen worden war. Die „Human Relations Area Files“ (HRAF) sollten vor allem US-Diplomaten im heraufziehenden Kalten Krieg Daten und Analysen über politische Systeme, Gesellschaften und Kulturen verbündeter, vor allem aber verfeindeter Staaten liefern:

„Zwölf führende amerikanische Universitäten teilten die Welt unter sich auf und erstellten dickleibige Bände mit Informationen und Analysen zu wichtigen Schauplätzen des Kalten Krieges. [...] Mit Fördergeldern der Carnegie Corporation und der US-Regierung belieferte das HRAF-Projekt die amerikanischen Diplomaten mit Dutzenden Büchern. Häufig wurden Kurzfassungen erstellt und als Hintergrundlektüre an Tausende Angehörige der US-Streitkräfte in Europa und Asien verteilt.“²

Teil dieser Bemühungen war die 646 Seiten umfassende Studie „The Soviet Zone of Germany“, die an der Harvard University unter der Leitung des deutsch-amerikanischen Politikwissenschaftlers Carl J. Friedrich (geb. 1901, gest. 1984) entstand. Sie sollte eine Urteilsgrundlage für die Politik der USA im geteilten Deutschland liefern. Zwar war Friedrich davon überzeugt, dass in der 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik „most of the institutions built by the present regime would fall like the walls of Jericho“,³ wenn sich die im westlichen Deutschland etablierte Demokratie unter freien

* Der Verfasser dieses Beitrages berücksichtigt hierin Ausführungen, die bereits erschienen sind in: Ders., Als die Totalitarismustheorie das Laufen lernte. In: Sebastian Liebold/Tom Mannewitz/Madeleine Petschke/Tom Thieme (Hg.), Demokratie in unruhigen Zeiten. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2018, S. 35–44.

1 Carl J. Friedrich (Hg.), *The Soviet Zone of Germany*, New Haven 1956.

2 Udi Greenberg, Auf der Suche nach „verantwortungsbewussten Eliten“. Carl J. Friedrich und die Reform der Universitäten. In: ders., *Weimarer Erfahrungen. Deutsche Emigranten in Amerika und die transatlantische Nachkriegsordnung*, Göttingen 2021, S. 35–81, hier 70f.

3 Friedrich, *General Character of the Society*, S. 9 im Original; in diesem Band, S. 95.

Bedingungen entwickeln und Anziehungskraft gewinnen könnte. Aber dies setze – wie der Juni 1953 in der DDR gezeigt habe – eine Veränderung der internationalen Kräftekonstellation und eine Übereinkunft der Weltmächte über eine mögliche Wiedervereinigung voraus.

Die Studie geriet nach ihrer Entstehung alsbald wieder in Vergessenheit. Im Zusammenhang mit den Totalitarismusdebatten der 1950er- und 1960er-Jahre wurde sie kaum rezipiert. In Deutschland ging sie nur selten in wissenschaftliche Studien ein – wie etwa bei Ernst Richert (geb. 1912, gest. 1976), einem Insider, der zunächst Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ war, aus politischen Gründen die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) verlassen und dann als Rundfunkredakteur gearbeitet hatte und 1950 von Otto Stammer (geb. 1900, gest. 1978) in die Forschungsabteilung zur SBZ/Deutschen Demokratischen Republik (DDR) des Berliner Instituts für Politikwissenschaft (zusammen mit der Deutschen Hochschule für Politik – ein institutioneller Vorgänger des Otto-Suhr-Instituts) nach Berlin (West) geholt worden war.⁴ Dass Richert die Studie überhaupt erwähnte, war teils seiner Kritik an ihr geschuldet,⁵ teils dem Umstand seiner Mitwirkung zu verdanken. Daran schließen sich mehrere Fragen an, allen anderen voran: Was wissen wir über die Leitung des Projekts „The Soviet Zone of Germany“ und deren Assistenten?

2. Projektleitung und Assistenten

Die Projektleitung lag – wie bereits erwähnt – bei *Carl J. Friedrich*, der zum Zeitpunkt des Projektstarts Forschungsdirektor an der Harvard University war. Er besaß bereits große Erfahrungen in der Entwicklung von Studienprogrammen, die seit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu einer zunehmend engen Kooperation der Universität Harvard mit staatlichen Institutionen und Förderinstitutionen geführt hatte.

Friedrich zählte nicht zum Kreis der aus NS-Deutschland geflüchteten Wissenschaftler, sondern war bereits 1926 in die USA gekommen und hatte sich dort nach schwierigen Anfängen im akademischen Bereich etablieren können. Friedrich besaß durch seine Geburtsstadt eine biografische Verbindung in die SBZ/DDR. Er war in Leipzig als Sohn des Chirurgen Paul Leopold Friedrich (geb. 1864, gest. 1916) und seiner Frau Charlotte, Tochter des Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Karl F. J. Freiherr von Bülow (geb.

4 Zur Person vgl. Jens Hüttmann, *DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung*, Berlin 2008, S. 140–142; Peter Christian Ludz, In memoriam Ernst Richert. In: *Deutschland Archiv*, 9 (1976) 3, S. 234 f.

5 Vgl. Hüttmann, *DDR-Geschichte*, S. 143.

1834, gest. 1910), auf die Welt gekommen – ein betuchter, protestantischer Familienhintergrund also. Der Vater, zuletzt Generaloberarzt, verstarb während des Ersten Weltkriegs. Seine Mutter nannte ihn Karl-Joachim; an der Badischen Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg schrieb er sich als Joachim am 22. Mai 1922 ein.⁶ Er firmierte als „stud. cam. et jur.“ [Kameralwissenschaft⁷ und Jura] und befasste sich zunächst mit der „amerikanischen Eisenbahn unter Federal Control“.⁸ Davor hatte er ein Semester Medizin, dann eines in Nationalökonomie an der Philipps-Universität in Marburg studiert.⁹ Nun also das dritte Studienfach – und die USA, die ihn faszinierten. Schon nach einigen Monaten fuhr er „überraschend“ „für einige Monate“ dorthin, eingeladen von „amerikanischen Studenten auf eine Studien- und Vortragsreise“, wie Mutter Charlotte der Universität schreiben musste, weil er versäumt hatte, sich ordnungsgemäß abzumelden und seine Exmatrikulation im Raum stand.¹⁰ In den USA blieb Friedrich über ein Jahr, hatte sich dafür vom Institut für Sozial- und Staatswissenschaften ein paar „Aufträge“ besorgt, bis er im Wintersemester 1923/24 sein Studium in Heidelberg fortsetzte¹¹ – nun schon als Hilfsassistent des Hauptassistenten des Instituts, Dr. Arnold Bergstraesser (geb. 1896, gest. 1964).¹² Friedrich hielt es nicht lange in Heidelberg. Schon im Wintersemester 1924/25 befand er sich wieder in den USA, und Geheimrat und Institutsleiter Alfred Weber (geb. 1868, gest. 1958),¹³ Soziologe und „Ka-

6 Vgl. Abgangszeugnis Joachim Friedrich vom 11.7.1925 (UAH [Universitäts-Archiv Heidelberg]-StudA Joachim Friedrich Bl. 19251).

7 Vgl. Universität Heidelberg, Engerer Senat, 23.5.1923 (ebd., Bl. 19253).

8 Vgl. Schreiben von Carl Joachim Friedrich an das Sekretariat der Universität Heidelberg vom 28.5.1925 (ebd., Bl. 19255; ferner Schreiben von Carl Joachim Friedrich [sic!] an seine Magnifizienz, den Rektor der Universität Heidelberg, Prof. Dr. Anschütz, o. D. [1923] (ebd., Bl. 19258).

9 Vgl. Anmeldung zur Immatrikulation vom 4.5.1922 (ebd., Bl. 19251).

10 Vgl. Schreiben von Charlotte Friedrich an das Rektorat der Universität Heidelberg vom 8.12.1922 (ebd., Bl. 19257).

11 Vgl. Schreiben von Carl Joachim Friedrich an das Sekretariat der Universität Heidelberg vom 28.5.1925 (ebd., Bl. 19253).

12 Zu Arnold Bergsträsser vgl. Horst Schmitt, Ein „typischer Heidelberger im Guten wie im Gefährlichen“. Arnold Bergstraesser und die Ruperto Carola 1923–1936. In: Reinhard Blomert/Hans Ulrich EBLinger/Norbert Giovannini (Hg.), Heidelberger Sozial- und Staatswissenschaften. Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zwischen 1918 und 1958, Marburg 1997, S. 167–196; ders., Existenzielle Wissenschaft und Synopse. Zum Wissenschafts- und Methodenbegriff des „jungen“ Arnold Bergstraesser. In: Politische Vierteljahresschrift, 30 (1989) 3, S. 466–481.

13 Zu Alfred Weber vgl. Eberhard Demm (Hg.), Alfred Weber als Politiker und Gelehrter. Die Referate des ersten Alfred Weber-Kongresses in Heidelberg, Stuttgart 1986; ders., Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920, Boppard am Rhein 1990; ders., Von der Weimarer Republik zur Bundesrepu-

thedersozialist“, Bruder des noch bekannteren Soziologen Max Weber (geb. 1864, gest. 1920), mühte sich, seinen Schüler formal weiter immatrikuliert zu belassen.¹⁴ Als Motiv gab Friedrich für seinen USA-Aufenthalt an: „Nur am Orte des Tatbestandes fühle ich mich in der Lage, mir ein wissenschaftlich einwandfreies und selbständiges Urteil zu bilden.“¹⁵ Nunmehr sprang sein jüngerer Bruder Otto A. Friedrich (geb. 1902, gest. 1975)¹⁶ ein, der spätere Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der die Immatrikulation zu sichern suchte.¹⁷ Im Sommer 1925 promovierte Carl J. Friedrich bei Alfred Weber mit einer 111 Seiten umfassenden Arbeit über die amerikanische Eisenbahn.¹⁸ Er siedelte schließlich in die USA über, war 1926 Lecturer, ab 1931 Assistant Professor of Government an der Harvard University in Cambridge (Massachusetts).

Ihm darf getrost eine in jenen Tagen eher linke Disposition nahegelegt werden. Dafür spricht seine Rezension einer 1928 veröffentlichten Studie von Herbert W. Schneider (geb. 1892, gest. 1984) über „The Making of the Fascist State“, die er in „The American Journal of International Law“ ein Jahr später veröffentlichte.¹⁹ 1938 besaß er die amerikanische Staatsbürgerschaft. Er hatte zwar das NS-Regime (wie auch das SED-Regime) nicht durch eigenes Erleben erfahren, besaß jedoch eine antifaschistische Disposition, ablesbar auch an seiner späteren Mitwirkung bei der Entnazifizierung in Deutschland. Zudem wurde er unmittelbar in das politische Geschehen geworfen, als er in die Planung der Moskauer Außenministerkonferenz 1947, der Ausarbeitung des Marshall-Plans involviert und auch persönlicher Berater des Militärgouverneurs der amerikanischen Besatzungszone, General Lucius D. Clay (geb. 1898, gest.

blik. Der politische Weg Alfred Webers 1920–1958, Düsseldorf 1999; ders., Geist und Politik im 20. Jahrhundert. Gesammelte Aufsätze zu Alfred Weber, Frankfurt a.M. 2000; ders. (Hg.), Alfred Weber zum Gedächtnis. Selbstzeugnisse und Erinnerungen von Zeitgenossen, Frankfurt a.M. 2000; ders. (Hg.), Soziologie, Politik und Kultur. Von Alfred Weber zur Frankfurter Schule, Frankfurt a.M. 2003.

- 14 Vgl. Schreiben von Alfred Weber an das Sekretariat der Universität Heidelberg vom 25.5.1925 (UAH-StudA Joachim Friedrich 19254).
- 15 Schreiben von Karl Joachim Friedrich an seine Magnifizienz, den Rektor der Universität Heidelberg, Prof. Dr. Anschütz, o. D. [1923].
- 16 Zu Otto A. Friedrich vgl. Volker Berghahn/Paul J. Friedrich, Otto A. Friedrich, ein politischer Unternehmer. Sein Leben und seine Zeit. 1902–1975, Frankfurt a.M. 1993.
- 17 Vgl. Schreiben von Otto A. Friedrich an das Rektorat der Universität Heidelberg vom 17.5.1923 (UAH-StudA Joachim Friedrich 19259 und 192510).
- 18 Vgl. Carl Joachim Friedrich, Aus der staatlichen Regelung des Eisenbahnwesens in den Vereinigten Staaten. Geschichtliche, rechtliche und wirtschaftliche Grundzüge der Regelung der Finanzen der amerikanischen Eisenbahngesellschaften unter dem Esh-Cummins-Act 1920, Heidelberg 1925.
- 19 Vgl. Carl Joachim Friedrich, Rezension zu: Herbert W. Schneider, The Making of the Fascist State. In: The American Journal of International Law, 23 (1929) 2, S. 510.

1978),²⁰ war. 1950 zunächst Gastprofessor an der Universität Heidelberg, bekam er dort 1956 eine Professur für Politische Wissenschaft, pendelte jedoch bis 1966 zwischen Cambridge und Heidelberg.²¹ Das Entstehen und Werden der DDR kannte er zwar gleichfalls nicht durch eigenes Miterleben, jedoch von der politischen, zugleich antikommunistischen Bühne aus, sowie durch seinen Bruder, der noch eine Zeitlang in der Sowjetischen Besatzungszone lebte (s. u.).²²

Als Carl J. Friedrichs engster Mitarbeiter und Assistent fungierte der über zwanzig Jahre jüngere Associate Director of Research *Henry Kissinger* (geb. 1923, gest. 2023), der Mann, der als Politikwissenschaftler eine politische Karriere in der Republikanischen Partei machen und in den Jahren 1969 bis 1977 die US-Außenpolitik prägen sollte. Während seiner Assistentenzeit bei Friedrich bereitete er eine wissenschaftliche Karriere vor. Nach seinem Bachelor 1950 hatte er zwei Jahre später seinen Master und weitere zwei Jahre später seine Promotion an der Harvard University abgeschlossen. Darin befasste er sich mit nichts Geringerem als „A World Restored. Metternich, Castlereagh and the Problems of Peace 1812–1822“²³ – also mit einer der wichtigsten und dramatischsten Epochen der Geschichte Europas, das vom politischen Chaos zu einem ausgeglichenen Frieden übergang, der fast hundert Jahre währte. In den Jahren 1954 bis 1971 gehörte Kissinger dem Lehrkörper in Harvard an und forschte im Department of Government.²⁴ Als Leiter des Harvard International Seminars untersuchte er die militärische Herausforderung der USA durch die Sowjetunion. Die Studie erschien unter dem Titel „Nuclear Weapons and Foreign Policy“ im Jahre 1954.²⁵ Zunächst Associate Director of

20 Zu Lucius D. Clay vgl. Wolfgang Krieger, *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949*, Stuttgart 1988.

21 Umfassender zur Biografie vgl. Hans J. Lietzmann, *Politikwissenschaft im „Zeitalter der Diktaturen“*. Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl J. Friedrichs, Opladen 1999; ders., *Carl Joachim Friedrich (1901–1984). Leben – Werk – Wirkung*. In: Wilhelm Bleek/Hans J. Lietzmann (Hg.), *Klassiker der Politikwissenschaft*. München 2005, S. 179–191; Steffen Kailitz, *Totalitäre Diktatur*. In: ders. (Hg.), *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2007, S. 129–133; Klaus von Beyme, *Carl Joachim Friedrich. A founding father of comparative politics*. In: Hans Daalder (Hg.), *Comparative European Politics. The Story of a Profession*, London/Washington D.C. 1997, S. 7–14; Greenberg, *Weimarer Erfahrungen*, S. 35–81.

22 Nach Angaben des Stasi-Unterlagen-Archivs sind zu Carl J. Friedrich keine Akten verzeichnet.

23 Vgl. den Nachdruck: *Henry Kissinger, A World Restored. Metternich, Castlereagh and the Problems of Peace 1812–1822*, Brattleboro 2013.

24 Vgl. Greg Grandin, *Kissingers langer Schatten. Amerikas umstrittenster Staatsmann und sein Erbe*, München 2016.

25 Vgl. den Nachdruck: *Henry Kissinger, Nuclear Weapons and Foreign Policy*, New York 1969.

Research, war er von 1957 bis 1960 Direktor des Harvard Center for International Affairs und von 1958 an Direktor des Harvard Defense Studies Program.

Dieser Aufstieg war Heinz Alfred Kissinger, wie er bei seiner Geburt hieß, nicht in die Wiege gelegt worden. Er wuchs in Fürth in einer jüdischen Familie auf. Sein Vater Louis Kissinger (geb. 1887, gest. 1982) war Geschichts- und Geografielehrer am Fürther Lyzeum, seine Mutter Paula (geb. 1901, gest. 1998) Tochter eines wohlhabenden Viehhändlers. Er war neun Jahre alt, als die NS-Bewegung an die Macht kam. Kissinger erfuhr das antisemitische Klima unmittelbar und existenzbedrohend. Er durfte nicht auf das Gymnasium; sein Vater erhielt Berufsverbot. Er war 15, als die Familie nach London, dann nach New York City floh. 1943 wurde Kissinger amerikanischer Staatsbürger, war zunächst in der G-Kompanie des 2. Bataillons der 84. US-Infanteriedivision, wo er in den amerikanischen Militärnachrichtendienst als Special Agent beim 970. Counter Intelligence Corps (CIC) eingebunden wurde. Im März 1945 war er mit der 84. US-Infanteriedivision in Krefeld, dann in Hannover, damit betraut, Angehörige der Geheimen Staatspolizei zu verhaften. Bei der Befreiung des KZ-Außenlagers in Hannover-Ahlem war er dabei. Er blieb beim amerikanischen Nachrichtendienst, dann in Bensheim, beteiligte sich an der Verfolgung von Kriegsverbrechen und wirkte bei der Entnazifizierung mit. Anschließend war er Lehrer an der amerikanischen Nachrichtendienstschule European Command Intelligence School im Camp King in Oberursel. Das dürfte sein antikommunistisches Profil geschärft haben. 1947 studierte er, wie schon ausgeführt, am Harvard College Politikwissenschaft.²⁶ Das Ministerium für Staatssicherheit hatte ihn im Auge, auch bei seinen späteren, gelegentlichen Aufenthalten in der DDR, wo er intern stets als „Boy“ firmierte.²⁷ Gleichwohl hatte Kissinger, als er am SBZ-Projekt mitwirkte, keine unmittelbaren DDR-Erfahrungen.

Für das Projekt standen sechs wissenschaftliche Assistenten zur Verfügung: Der erste war *Melvin Croan*, zu dieser Zeit Teaching Fellow im Department of Government an der Harvard University und Associate am Russian Research Center. Später wurde er zum Professor am Department of Political Science der University of Wisconsin-Madison berufen.²⁸ An seiner Seite wirkte der ebenfalls an der Harvard University angestellte Historiker *Jürgen Herbst* (geb. 1928, gest. 2013). Herbst lebte mit Unterbrechungen bis 1952 in Wolfenbüttel, seine Geburtsstadt war Braunschweig. Seine Eltern Herrmann (gest. 1944),

26 Vgl. Henry Kissinger, *Jahre der Erneuerung. Erinnerungen*, München 1999; Evi Kurz, *The Kissinger-Saga – Walter and Henry Kissinger. Two Brothers from Fuerth, Germany*, London 2009.

27 Vgl. Kissinger, Henry, geb. 27.5.1923 (BArch, MfS, HA VIII Nr. 3690, Bl. 29–32); Beobachtungsbericht Kissinger, Henry (ebd., HA II Nr. 22021, Bl. 2–7).

28 Vgl. o. A., Introduction. In: *The Journal of Politics*, 20 (1958) 1, S. 1.

stellvertretender Direktor der Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel, und Annemarie Herbst (gest. 1948) waren Lutheraner.²⁹ Er gehörte dem Jungvolk in Wolfenbüttel an, wo er eine führende Rolle einnahm; in seiner Familie galten preußische Militärideale und beinahe mythische Bezüge zur deutschen Geschichte. Der Hitlerjunge bewarb sich als Offiziersanwärter bei der Division Großdeutschland, war bis März 1945 Soldat und glaubte bis zuletzt an den Endsieg, an dessen letzten Kämpfen er in Ganderkesee teilnahm, was er in seiner Biografie als „A boyhood among the Nazis“ beschrieb.³⁰ 1945 studierte er in Göttingen, kam 1948 mit einem Fellowship des Quaker American Friends Service Committee zu einem Geografie-Studium an die University of Nebraska in Lincoln. Mit seiner 1951 dort geheirateten Frau Susan ging er 1952 nach Hannover, wo sie als Education Affairs Specialist für die U.S. Information Agency arbeitete. Herbst betrieb zuvor American Studies an der University of Minnesota (1950–1952), erhielt seinen Master of Arts,³¹ und wechselte für sein Doctorate in The History of American Civilization an die Harvard University. Er nahm die amerikanische Staatsbürgerschaft an. Mithin verfügte Herbst zwar über eigene Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, nicht aber aus der DDR. Viel später (1977) hielt er sich dort mehrere Monate besuchsweise auf. Der inoffizielle Mitarbeiter „Mike“ charakterisierte den amerikanischen Professor als liberal und fortschrittlich.³²

Ein weiterer Assistent war der Litauen-Emigrant und Soziologe *Vytautas M. Kavolis* (geb. 1930, gest. 1996). Dieser hatte unmittelbare Erfahrungen mit kommunistischer und nationalsozialistischer Besatzung in der Hauptstadt Litauens und seiner Geburtsstadt Kaunas gesammelt. Er besuchte dort das Jesuitengymnasium (Kauno jėzuitų gimnazijaan) und war neun Jahre alt, als die deutsche Wehrmacht ins Land einrückte; er war zehn, als es von der Roten Armee besetzt und für ein Jahr lang zur „Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik“ der Sowjetunion deklariert wurde. In den Jahren 1941 bis 1944 war es wieder in faschistischer Hand, um dann erneut kommunistisch besetzt zu werden. Die Eltern wanderten mit dem 14-Jährigen infolge der sowjetischen Besatzung aus; im hessischen Hanau besuchte Kavolis bis 1949 das Gymnasium. Nach dem Abitur ging er in die USA, studierte an den Universitäten von Wisconsin, im Sommersemester 1951 an der University of Chicago und

29 Vgl. Einwohnermeldekarte Jürgen Herbst (Stadt Wolfenbüttel, Altkartei ab 1958 Nr. 2234).

30 Vgl. Jürgen Herbst, *A Requiem for a German Past: A Boyhood among the Nazis*, Madison 1999.

31 Vgl. Studienkarte Jürgen Felix Herrmann Herbst (University of Minnesota, File Nr. 381457).

32 Vgl. BArch, MfS, HA II Nr. 22043, Bl. 29–41, hier 41.

schließlich an der Harvard University Social Science und Anthropologie.³³ Er schloss das Studium 1960 mit der Promotion ab. Kavolis war in antikommunistischen Zusammenhängen aktiv: Von 1952 bis 1954 war er Vorsitzender der Union litauischer Studenten in den USA, 1954/1955 Vorsitzender der litauischen Studenten „Santaros“, einer der Gründer und Leiter der Santaros Light Federation sowie Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Santarvė“, deren Untertitel sie explizit als Zeitschrift des Widerstands („Rezisencinis“) ausweist. Von 1954 an unterrichtete er an der Harvard University.³⁴

Als Assistent fungierte schließlich auch der spätere Professor *Horst Mendershausen* (geb. 1911, gest. 2003). Das ehemalige KPD-Mitglied zählte in den 1920er-Jahren zum Freundeskreis des Politikwissenschaftlers Richard Löwenthal (geb. 1908, gest. 1991)³⁵ und war in den 1930er-Jahren mit dem späteren Bundeskanzler Willy Brandt (geb. 1913, gest. 1992) befreundet. Mendershausen stammte aus einer jüdischen Bankiersfamilie in Köthen. Sein Vater starb bereits 1918, seine Mutter Jahrzehnte später im Konzentrationslager Theresienstadt. 1931 begann er in Freiburg im Breisgau ein Studium generale, wechselte zur Berliner Universität und dann nach Heidelberg. Als Zwanzigjähriger gehörte er der KPD an, kam 1933 in „Schutzhaft“ der Gestapo. Unmittelbar nach seiner Entlassung floh er in die Schweiz, promovierte an der Faculté des sciences économiques et sociales der Universität Genf.³⁶ Mit Unterstützung der Rockefeller-Stiftung ging er 1937 nach Oslo, dann nach Kuba, von wo aus er 1939 in die USA gelangte. Politisch hatte er sich aus dem kommunistischen Kontext gelöst, war amerikanischer Staatsbürger geworden und Professor am Bennington College in Vermont. Als Assistent von General Lucius D. Clay kam er nach Deutschland zurück, wo er bis 1948 blieb und die Währungsreform mit vorbereitete; zeitweise war er stellvertretender Leiter der Preiskont-

33 Vgl. Vytautas Marinas Kavolis (The University of Chicago, The Office of Registrar, Matrikel-Nummer 263091).

34 Vgl. Vytautas M. Kavolis, In: Laimonas Tapinas/Juozas Baušys/Jonas Bulota/Pranas Damijonaitis/Rimgaudas Eilunavičius/Gediminas Ilgūnas/Virgilijus Juodakis/Edmundas Juškys/Bronius Raguotis/Domijonas Šniukas/Skirmantas Valiulis (Hg.), *Žurnalistikos enciklopedija* [Enzyklopädie des Journalismus], Vilnius 1997, S. 215.

35 Zu Richard Löwenthal vgl. Mike Schmeitzner, Richard Löwenthal. Widerständler – Wissenschaftler – Weltbürger, Berlin 2018; ders., Einleitung. In: Richard Löwenthal, *Faschismus – Bolschewismus – Totalitarismus*. Schriften zur Weltanschauungsdiktatur im 20. Jahrhundert, hg. und eingeleitet von Mike Schmeitzner, Göttingen 2009, S. 9–61.

36 Vgl. Horst Mendershausen, *Les étudiants et les gradués de la Faculté des sciences économiques et sociales de l'Université de Genève de 1915 à 1935. Résultats d'une enquête*, Genf 1936.

rolle der US-Militärregierung für Deutschland in Berlin. Er kehrte in die USA (Santa Monica, Kalifornien) zurück.³⁷

Assistent wie Mendershausen war *Albert A. Mavrinc* (geb. 1923, gest. 2006), später Professor am Colby College in Waterville. Mavrinc stammte aus einer katholischen Familie in Pittsburgh und gehörte zu jenen im Projekt, die weder einen biografischen Bezug zum Nationalsozialismus noch zum DDR-Sozialismus hatten. Seinen Bachelor of Arts erwarb er in Pittsburgh 1943, wo er von 1946 bis 1948 als Lecturer in Political Science wirkte. In den Jahren 1943 bis 1946 war er mit der US-Armee in Deutschland. Er studierte ab 1948 an der Columbia University in New York, wo er 1950 seinen Master of Arts erhielt. 1950/51 lehrte er am Institut Supérieur de Philosophie an der Université catholique de Louvain in Louvain-la-Neuve (Belgien). In den Jahren 1953 bis 1955 war Mavrinc als Teaching fellow an der Harvard University tätig, anschließend als Lecturer.³⁸

Schließlich zählte *Herbert J. Spiro* (geb. 1924, gest. 2010) zu den Assistenten. Der gebürtige Hamburger aus jüdischer Familie war der Sohn des Wirtschaftsprüfers Albert John Spiro (geb. 1898, gest. 1957) und von Marianne Stiefel (geb. 1903, gest. 1982). Er besuchte das Wilhelm-Gymnasium und war 14 Jahre alt, als die Familie 1938 in die USA, nach San Antonio (Texas), floh. Drei Jahre später entzog ihm der NS-Staat die deutsche Staatsbürgerschaft; er erhielt die amerikanische. Am San Antonio Junior College schloss er die Schulausbildung ab und wurde als 19-Jähriger 1943 Soldat der US Army. 1945/46 war er in der amerikanischen Besatzungszone in Österreich tätig. Ab 1947 studierte Spiro an der Harvard University. Seine Bachelorarbeit (1949) galt dem „Marxian criticism of democracy“. Vier Jahre später promovierte er dort mit „A theory of responsibility in government“.³⁹

Außer Mendershausen waren die Assistenten des Projekts zwischen 25 und 30 Jahre alt – zu jung, um eigene Erfahrungen aus der SBZ mitzubringen. Jedoch hatten sie zumeist familiäre Einbrüche durch Nationalsozialismus und Emigration erlebt, also konkrete Anschauungen vom Totalitarismus des NS-Systems und seinen inhumanen Folgen erlangt. In unterschiedlichem Grade hatten sie die ersten Jahre nach dem Krieg in amerikanischen Diensten

37 Vgl. Michael Naumann, Der Tod eines Emigranten. Eine deutsche Geschichte. In: Die Zeit vom 14.8.2013.

38 Heinz Hailey, Albert Mavrinc, 83. professor inspired students for 3 decades. In: The Boston Globe vom 30.7.2006.

39 Zu Herbert J. Spiro vgl. Werner Röder/Herbert A. Strauss (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Band 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, München 1980, S. 716f.; Peter J. Spiro, At Home in Two Countries. The Past and Future of Dual Citizenship, New York 2016.

verbracht, waren vom aufziehenden Kalten Krieg geprägt, etwa der Luftbrücke in Berlin (West). Eine Analyse der SBZ bedurfte somit weiterer Mitwirkender, die unmittelbare Eindrücke hatten gewinnen können und in der Lage waren, diese analytisch aufzubereiten. Das wirft die Frage nach den Beratern des Projekts auf. Wer waren sie?

3. Die Berater des Projekts

Nicht weniger als 15 Personen dienten dem Projekt in beratender Funktion: Gerhard Abeken, Fritz Baade, Wolfgang G. Friedrich, Ulrich Heinemann-Rufer, Hanns-Peter Herz, Herbert W. Kundler, Erich Matthias, Carl Mayer, Ernst Richert, Heinrich Rittershausen, Christamaria Selle, Otto Stammer, Carola Stern, Karl C. Thalheim und Siegfried Unseld. Diese Liste liest sich fast wie ein Who's Who derer, die sich im Westen damals mit der DDR befassten.

Gerhard Wilhelm Abeken (geb. 1900, gest. ?) war der Spross einer protestantischen Osnabrücker Familie. Der Vater Karl Arnold Abeken (geb. 1870, gest. 1941) war Kaufmann; die Mutter, Elisabeth (geb. 1874, gest. 1964),⁴⁰ lebte in den Jahren 1944 bis 1947 in Dresden. Gerhard war der Älteste von fünf Geschwistern.⁴¹ Kurzzeitig war er noch während des Ersten Weltkrieges im September 1918 zu einem Infanterie-Regiment eingezogen worden.⁴² Er studierte zunächst ab dem Sommersemester 1922 zwei Semester Staatswissenschaften an der Universität in München, ging dann für das Sommersemester 1923 an die Universität in Frankfurt am Main und belegte dort Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.⁴³ Ab dem Wintersemester 1923 setzte er sein Studium in Freiburg fort,⁴⁴ danach in Münster und Berlin, um sich im Sommersemester 1926 für Staatswissenschaften an der Universität Rostock zu immatrikulieren. Nach zwei Semestern promovierte er dort 1927 mit einer 43-seitigen Studie zum „Kapitalprofit in der fortschreitenden Volkswirtschaft. Grundzüge einer Kritik an der Oppenheimerschen Kapitalprofittheorie vom Standpunkte reiner Wirtschaftstheorie“, einer kritischen Bewertung marxistischer Ansätze. Beinahe drei Jahrzehnte später veröffentlichte er seine nächste Arbeit: „Das Geld- und Bankwesen in der sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlins von 1945 bis 1954“. Sie erschien 1955 im Deutschen Bundes-Verlag

40 Vgl. Niedersächsisches Landesarchiv [NLA], Osnabrück [OS], Rep. 6443, Nr. 20, Geburtsregistereintrag StA Osnabrück Stadt Nr. 1444–1990.

41 Vgl. NLA OS, Dep. 3 c, Nr. 2000 Abeken, Wilhelm.

42 Vgl. ebd., Dep. 3 b XVIII, Nr. 110 Abeken.

43 Vgl. Anmeldekarte (Universitätsarchiv Frankfurt am Main, Abt. 604, Nr. 6696, Bl. 1–3).

44 Vgl. Universitätsarchiv der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, B 0044, Nr. 56-1.

in der Reihe „Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland“. Seit 1931 lebte er in Berlin. Über seine Tätigkeit während des Nationalsozialismus ist nichts bekannt.⁴⁵ Spätestens nach 1945 arbeitete Abeken als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung,⁴⁶ dessen Abteilung für DDR-Forschung – zeitgenössisch „Abteilung Mitteldeutschland“ genannt – er ab 1956 leitete.⁴⁷ Zugleich gehörte er dem 1952 eingerichteten „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ an,⁴⁸ der die besondere Aufmerksamkeit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR genoss; Abeken stand unter Beobachtung.⁴⁹ Ohne Zweifel zählte er während der Durchführung des Projekts zu den ausgezeichneten DDR-Kennern.

Fritz Baade (geb. 1893, gest. 1974) wuchs in einer evangelisch-lutherischen Familie in Neuruppin auf. Seine Mutter Anna war Seminardirektorin. Das Abitur legte er am Gymnasium in Schulpforta ab. Er studierte zunächst im Wintersemester 1911/12 an der Georg-August-Universität in Göttingen, wechselte aber mit dem Sommersemester 1912 an die Königliche Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin und studierte Philosophie. Er vertiefte sich in die Kultur des Hellenismus, um sich dann in den Wintersemestern 1912/13 und 1913/14 mit Geschlechtskrankheiten zu befassen, obgleich er im Sommersemester 1913 an der Theologischen Fakultät immatrikuliert war.⁵⁰ Zum Sommersemester 1914 schrieb er sich an der Großherzoglichen Badischen Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg für Theologie ein, ein Fach, das er dort bis zum Sommersemester 1918 studierte.⁵¹ Dem folgten zwei Semester Medizin-Studium an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster und

- 45 Im Zuge dieser Ausarbeitung erfolgten Recherchen zu allen Assistenten und Beratern in einigen deutschen, aber auch amerikanischen Archiven. Doch erreichte den Verfasser bis zum Redaktionsschluss lediglich ein eher kleiner Teil der Rückläufe. Insoweit bilden die biografischen Skizzen nur bedingt das Mögliche ab und verursachen Fehlstellen wie hier beispielsweise bei Gerhard Abeken. Das war teils durch die infolge der Pandemie bedingten Zugangsbeschränkungen verursacht, mitunter aber auch durch unvollständige Personenangaben.
- 46 Vgl. Karl Heinz Roth, *Anschließen, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952–1990*, Berlin 2015.
- 47 Vgl. Markus Gloe, *Planung für die deutsche Einheit. Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952–1975*, Hamburg 2005, S. 88 f.
- 48 Vgl. Alexander Nützenadel, *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974*, Göttingen 2005, S. 181.
- 49 Vgl. Dr. Abeken, Gerhard (BArch, MfS, HA VIII, RF 1771, Bd. 31).
- 50 Vgl. Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Matrikel-Nr. 1875.103, laufende Nr. 2198; UK Personalia B001.
- 51 Vgl. Anmeldung zur Immatrikulation vom 19.5.14 sowie Abgangszeugnis vom 7.6.1918 (UAH-StudA Baade, Fritz). An anderer Stelle wird zudem auf einen Kriegsdienst während der Jahre von 1914 bis 1918 verwiesen. Aus den vorliegenden Studienunterlagen erschließt sich das nicht, erscheint jedoch nachvollziehbar.

anschließend (in den Jahren 1919 bis 1922) die Promotion an der Georg-August-Universität in Göttingen. Die Dissertation erschien unter dem Titel: „Die Wirtschaftsreform des Großbetriebes in vorkapitalistischer Zeit“. Allerdings hielt es ihn nicht durchgehend in Heidelberg und Göttingen. Er gehörte seit 1915 der SPD an und engagierte sich 1918/19 für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Essen, einer Stadt, in der er sich ab Juni 1918 aufhielt und wo er zeitweilig Stadtverordneter war.⁵² 1922 trat er wieder zur SPD über.⁵³ Nach der Novemberrevolution war er bis 1925/26 Landwirt in Göttingen, stieg aber bald wieder aktiv in die Politik ein. Von 1925 an war er Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik in Berlin, 1926/27 Sachverständiger auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf und bis 1930 Mitglied des Enquête-Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. 1927 war er Mitverfasser des ersten Agrarprogramms der SPD⁵⁴ sowie von 1929 an Reichskommissar bei der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft in Berlin.⁵⁵ An der Berliner Universität war er von 1930 an Lehrbeauftragter für Landwirtschaftliches Marktwesen – vor allem aber SPD-Reichstagsabgeordneter in den Krisenjahren 1930 bis 1933.

Die Nationalsozialisten schlossen ihn bereits 1933 von allen Funktionen aus. Er arbeitete eine Zeitlang in einem landwirtschaftlichen Betrieb in Kirchmöser, emigrierte dann 1935 in die Türkei, wo er die türkische Regierung bis 1939 in Fragen der landwirtschaftlichen Marktorganisation beriet.⁵⁶ 1938/39

- 52 Vgl. Klaus Wisotzky, Zwei Essener Karrieren. Fritz Baade, Theodor Reismann-Grone und die Novemberrevolution in Essen. In: Karl Christian Führer/Jürgen Mittag/Axel Schildt/Klaus Tenfelde (Hg.), *Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920*, Essen 2013, S. 337–356; vgl. Wilfried Reininghaus, *Verzeichnis der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte 1918/19 in Westfalen und Lippe. Mit einer Übersicht der Quellen und Literatur*, Münster 2016. Das Thema scheint Baade auch späterhin beschäftigt zu haben, wie einem Artikel zu entnehmen ist: Fritz Baade, *Die November-Revolution von 1918*. In: *Die Heimatstadt Essen. Jahrbuch 1960/61*, Essen 1961, S. 49–60.
- 53 Vgl. Peter Engelhard, *Eine Geschichte sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in 45 Porträts*, Berlin 2014, S. 56.
- 54 Vgl. Peter Bucher (Hg.), *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Band 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee*, Boppard 2009, S. XVI.
- 55 Vgl. Karsten Linne, *Die Bruderschaft der „Entwickler“*. Zur Etablierung der Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1956 bis 1974, Göttingen 2021, S. 241.
- 56 Vgl. Paul Leidinger/Ulrich Hillebrand (Hg.), *Deutsch-Türkische Beziehungen im Jahrhundert zwischen Erstem Weltkrieg und Gegenwart. Grundlagen zur Geschichte und zum Verständnis beider Länder. 100 Jahre Deutsch-Türkische Gesellschaft Münster*, Münster 2017, S. 216.

war er Privatdozent an der Landwirtschaftlichen Hochschule Ankara.⁵⁷ Bis 1946 wirkte er als Wirtschaftsberater in der Türkei (1944/45 in Kırşehir aufenthaltsbeschränkt), hielt sich danach in den USA auf, wo er sich maßgebend gegen die industrielle Demontage in Deutschland („Morgenthau-Plan“) exponierte und für den Marshall-Plan eintrat. Zusammen mit dem Publizisten Christopher Emmet (geb. 1900, gest. 1974) veröffentlichte er „Destruction at our expense. How dismantling factories in Germany helps inflation in the United States and sabotages the Marshallplan“, zu der der ehemalige US-Präsident Herbert Hoover (geb. 1874, gest. 1964) das Vorwort schrieb. Die Publikation erschien 1947 in New York.

1948 wurde Fritz Baade als ordentlicher Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel berufen und wirkte dort zugleich als Direktor des Instituts für Weltwirtschaft. Im August 1948 war er als Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holstein Teilnehmer des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee. Im Juni 1949 wurde er zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der schleswig-holsteinischen Landeszentralbank berufen. Der Sozialdemokrat Baade gehörte dem Deutschen Bundestag während der ersten vier Legislaturperioden (1949–1965) an. Er war anfangs stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des „European Recovery Program“ sowie in den Jahren 1953 bis 1957 stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Kartellgesetz des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Er zählte zu den Gegnern der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und scherte 1950 mit Stellungnahmen gegen die alliierte Wirtschaftspolitik aus der Fraktionsdisziplin aus.⁵⁸

Damit rückte Baade ins Visier des Auslandsnachrichtendienstes der DDR, der späteren Hauptverwaltung A des MfS. Baade wurde in der fünfbandigen Akte eines für den SPD-Abgeordneten Otto Graf (geb. 1892, gest. 1971; ehemals Mitglied des Reichstags für die KPD⁵⁹) angelegten IM-Vorgangs erfasst. Graf dürfte bewusst mit dem Nachrichtendienst der DDR kooperiert haben.

57 Vgl. Reiner Möckelmann, Wartesaal Ankara. Ernst Reuter – Exil und Rückkehr nach Berlin, Berlin 2015, S. 135.

58 Vgl. o. A., Friedenskämpfer mauerten Sprengkammern zu. Neue Erfolge der Volksbefragung in Westdeutschland und Westberlin. In: Neues Deutschland vom 8.7.1951, S. 1. In diesem Tenor vgl. auch: o. A., Wodurch werden die politischen Verhältnisse in Westdeutschland charakterisiert? In: Neues Deutschland vom 10.5.1951; o. A., Dem Volkammerappell folgen! Frankfurter Falken: Für Viermächteverhandlungen. Westdeutsche Stimmen zur Wiedervereinigung. In: Neues Deutschland vom 10.9.1954; o. A., Volkskampf gegen Adenauers faschistischen Regierungskurs. In: Neues Deutschland vom 19.12.1954.

59 Zu Otto Graf vgl. Ingelore Pilwousek (Hg.), Otto und Wolfgang Graf. Leben in bewegter Zeit 1900–2000, München 2003.

„Offen bleibt nur, wie intensiv die Zusammenarbeit war.“⁶⁰ Darüber könnte ein kritischer Bericht von Markus Wolf vom September 1952 näheren Aufschluss geben, worin Otto Graf explizit als nachrichtendienstliche Quelle „Herzog“ ausgewiesen ist:

„Herzog“, 8. März 1892 geboren, studierte Pädagogik, Germanistik und Geschichte, trat 1913 in die SPD ein, war Mitbegründer des Spartakusbundes in Bayern und der KPD in Bayern, schied 1923 aufgrund seiner Meinungsverschiedenheiten mit der damaligen Parteiführung aus der Partei aus und trat 1924 wieder in die SPD ein. 1927 ging er als Auslandskorrespondent der ‚Vossischen Zeitung‘ nach Nordafrika, Kleinasien, England und Spanien, 1932 kehrte er nach Deutschland zurück, baute angeblich nach Machtantritt Hitlers eine Widerstandsgruppe auf, wurde 1934 inhaftiert und dann unter Polizeiaufsicht gestellt, organisierte bis 1937 zwei andere Widerstandsgruppen, brachte angeblich durch Dütierung der NS-Schrifttumskammer ein Buch über englische Geschichte heraus, das ihm seine materielle Existenz ermöglichte, schloss sich nach 1945 wieder der SPD an, wurde Kommissar für das Hochschulwesen im bayrischen Kultusministerium. [...] ‚Herzog‘ hatte den Auftrag, die ihm zugänglichen Informationen zu liefern, wobei im Februar 1952 festgelegt wurde, dass er sich auf die Beleuchtung der SPD-Führung und der Bonner-Regierung auf außenpolitischem Gebiet konzentrieren sollte. Auffallend bei der Tätigkeit ‚Herzogs‘ ist der Charakter des von ihm gelieferten Materials. Es entsprach in keiner Weise seinen Möglichkeiten, obwohl ihm angeblich der Charakter und die Notwendigkeit seiner Tätigkeit, zumindest in der letzten Zeit, absolut klar war. So lieferte er an dokumentarischem Material im Wesentlichen einzelne Berichte der Ausschüsse, an denen er teilnahm, wobei als besonderes Glanzstück in letzter Zeit ein Bericht der französischen Delegation an ihre Regierung über die Pariser Konferenz zur Schaffung der Europaarmee angesehen wurde. Abgesehen von der ungeklärten Herkunft des Materials, war es bei Weitergabe an uns schon Monate alt. ‚Herzog‘ lieferte nichts über den Inhalt des Generalvertrages und der diesbezüglichen internen Besprechungen, außer den Aussprachen im Ausschuss, obwohl die Wehrdebatte im Bundestag eindeutig ergab, daß die SPD-Führung das Dokument in den Händen hatte und ‚Herzog‘ aufgrund seiner Beziehungen darüber wissen musste.“⁶¹

Die Annahme liegt nahe, dass Fritz Baade und Otto Graf sich politisch nahestanden, denn „Herzog“ war aufgetragen, insbesondere zum European Recovery Program (ERP; „Marshall-Plan“) Informationen aus jenem Bundestagsausschuss zu beschaffen, in dem Baade eine größere Rolle spielte. Überdies:

- 60 Georg Herbstritt, *Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten an den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes*, Berlin 2013, S. 237. Die als vernichtet geltende Akte war unter der Registriernummer XV 18251/60 verzeichnet.
- 61 Vgl. [Markus Wolf], *Zusammenfassender Bericht über die Untersuchung des ehemaligen Nachrichtenapparates der Partei und über dessen Abwicklung vom 18. September 1952* (BArch, MfS, HA II/6 Nr. 1158).

Auf der Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED am 13. Dezember 1956 bildete Baade einen eigenen Tagesordnungspunkt, als der „Bericht über die Entsendung eines Assistenten des Professors [Friedrich] Behrens [geb. 1909, gest. 1980] zu Professor [Fritz] Baade nach Kiel“ erörtert wurde.⁶² Innerhalb der DDR hatte der „Friedensrat der DDR“ Baade bereits ab 1951 auf dem Schirm.⁶³ Ein Vortrag von ihm in Ost-Berlin im Oktober 1956 war dem „Neuen Deutschland“ eine Meldung auf der Titelseite wert.⁶⁴

Relatives Wohlwollen scheint Fritz Baade auf sowjetischer Seite genossen zu haben. Seine Schrift zur Atomenergie kam 1960 in Moskau unter dem Titel „Mirovov énergetičeskoe chozjajstvo. Atomnaja énergija – seǰčas ili v buduščem?“ [Weltenergiewirtschaft. Atomenergie – Sofortprogramm oder Zukunftsplanung?] auf Russisch heraus. Seine Ausarbeitung zum „Wettlauf bis ins Jahr 2000“ erschien 1966 nicht nur in der DDR, sondern zuvor auch unter dem Titel „Versenyfutás a 2000-ik évig. A jövő nagy kérdése: Földi paradicsom vagy az emberiség pusztulása“ [Der Wettlauf zum Jahre 2000. Unsere Zukunft: Ein Paradies oder die Selbstvernichtung der Menschheit] (1961) in Budapest auf Ungarisch und im Jahr darauf auch in einem Moskauer Verlag auf Russisch. Sie wurde im „Neuen Deutschland“ ganzseitig zustimmend rezensiert.⁶⁵ Angesichts dieser Umstände scheint Baade während der Zeit seiner Mitarbeit am SBZ-Projekt wenig Berührungsängste gegenüber DDR-Funktionären gehabt zu haben. Einige von ihnen dürfte er noch aus den Tagen der Novemberrevolution gekannt haben, wie etwa Wilhelm Zaisser (geb. 1893, gest. 1958), der bis 1953 Minister für Staatssicherheit der DDR war.

Über Insiderkenntnisse anderer Art verfügte der jüngste Bruder des Projektleiters, *Wolfgang G. Friedrich* (geb. 1905, gest. 1989).⁶⁶ Er wurde in Greifs-

62 Vgl. Protokoll Nr. 42/56 der Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED vom 13.12.1956 (BArch, DY 30/56214, Bd. 1). Der umfängliche Nachlass von Fritz Baade im Bundesarchiv wurde lediglich insoweit herangezogen, als geprüft wurde, ob es Bezüge zu Carl J. Friedrich bzw. Henry Kissinger oder zu dem Projekt selbst gibt; diese waren mit Blick auf den gegenwärtigen Erschließungsstand nicht zu erkennen. Ein weiteres Gespräch in Kiel ist für den 19. Januar 1961 protokolliert (BArch, MfS, AP Nr. 8781/62, Bl. 16 f.).

63 Vgl. Presseauschnittsammlung des Friedensrates (BArch, DZ 9/44, Bd. 3).

64 Vgl. o. A., Prof. Baade sprach im demokratischen Berlin. In: Neues Deutschland vom 11.10.1956, S. 1.

65 Vgl. o. A., Ein Blick ins Jahr 2000. Zu den Prognosen des SPD-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Fritz Baade für den friedlichen Wettbewerb. In: Neues Deutschland vom 26.10.1960.

66 Die weiteren Ausführungen stützen sich wesentlich auf eine Ausarbeitung von Detlef Brüsse, Heinrich Ludwig Hans Wolfgang Günther Friedrich, 18.6.2019 (Manuskript); Bernd Wildemann, Die Prägung des Gemeindelebens durch die Pfarrer der Matthäus-

wald geboren,⁶⁷ besuchte Gymnasien in Königsberg und Marburg, wurde vor seinem Abitur 1923 zum Bankkaufmann bei der Deutschen Bank ausgebildet. Er belegte ab 1923 in Heidelberg Jura, Philosophie und Nationalökonomie, wechselte das Studienfach und studierte ab Sommersemester 1926 evangelische Theologie in Marburg, ab dem Wintersemester 1929/30 in Greifswald. In der Zwischenzeit war er Erzieher in der „Stiftung Arbeitssanatorien für ehemalige kriegsgefangene Deutsche“ auf Schloss Neusorge. 1930 bestand er die 1. Theologische Prüfung in Stettin (1932 die 2. Prüfung ebenda) und war dann Vikar in Pasewalk, Prädikant in Stettin, wo er 1932 ordiniert wurde. Anschließend wirkte er bis 1938 als Hilfsprediger in Torgelow, als Landeshelferseelsorger im Kirchenkreis Pommern (bis 1945), zugleich als Dozent an der evangelisch-lutherischen Fakultät an der Universität Greifswald und ab 1938 als Pfarrer in Pasewalk, dort ab 1939 in der Funktion eines Superintendenten. Von April 1945 an war er – von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzt – zunächst Landrat in Pasewalk, dann Beauftragter für die Jugend und das Schulwesen, ab 1947 Vorsitzender des Konferenz-Ausschusses der Kirchenprovinz Pommern. Im Februar 1949 ging er nach West-Berlin und wurde zunächst Referent des evangelischen Bischofs und Vorsitzenden der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Dr. Otto Dibelius (geb. 1880, gest. 1967), alsbald Pfarrer in diversen West-Berliner Gemeinden, 1949 Studentenpfarrer an der neu gegründeten Freien Universität Berlin. Wolfgang G. Friedrich hatte mithin NS-Regime und Sowjetische Besatzungszone erlebt.

Der jüdische Vater Hans Herz des gebürtigen Berliners *Hanns-Peter Herz* (geb. 1927, gest. 2012) war 1945/46 Sprecher des Ostberliner Oberbürgermeisters Arthur Werner (geb. 1877, gest. 1967) und Chefredakteur des RIAS. Sein Sohn durfte 1944 seine Schulausbildung aus rassischen Gründen nicht fortsetzen; stattdessen wurde er in ein Zwangsarbeitslager verpflichtet.⁶⁸ 1946 trat er der SPD bei und wirkte 1946/47 als Mitbegründer der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“.⁶⁹ Nach dem Abitur 1947 war er für das Winter-

gemeinde. In: Gemeindegemeinderat der Matthäus-Gemeinde Berlin-Steglitz (Hg.), 125 Jahre Evangelische Matthäuskirche, Berlin 2005, S. 49–58, hier 50 f.

67 Vgl. Geburtsregister Standesamt Greifswald (Stadtarchiv Greifswald, Rep. 4, Nr. 1905/505: Wolfgang G. Friedrich).

68 Vgl. Hella Kemper, Eine deutsche Familie. Im Nachkriegs-Berlin genoss Hanns-Peter Herz die neue Freiheit im amerikanischen Sektor – und machte Radio für die ostdeutsche Jugend. In: *Zeit-Geschichte*, (2009) 1 (<https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2009/01/Familie-Herz>; 12.2.2024).

69 Vgl. Falco Werkenthin (Hg.), *Selbstbehauptung, Widerstand und Verfolgung. „Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken“ in Berlin 1945 bis 1961*, Berlin 2008; Siegfried Heimann, *Die Falken in Berlin. Erziehungsgemeinschaft oder Kampforganisation? Die Jahre 1945–1950*, Berlin 1990.

semester 1947/48 und das Sommersemester 1948 an der Berliner Universität für Rechtswissenschaften eingeschrieben,⁷⁰ setzte aber sein Studium an der FU Berlin fort – wenn auch nicht kontinuierlich: Er reiste auf Einladung des US-Außenministeriums 1949 für drei Monate in die USA. Dann folgte er seinem Vater zum RIAS, bei dem er bereits 1946 redaktioneller Mitarbeiter, 1948 bis 1950 als Volontär, ab 1950 dann regulär angestellt und ab 1951 Leiter des Jugendfunks war.⁷¹ Seine erste Veröffentlichung befasste sich mit der Freien Deutschen Jugend (FDJ).⁷² Dem MfS galt Herz als jemand, der an „verantwortlicher Stelle die ‚Frontstadt-Politik‘ des Kalten Krieges und der scharfmacherischen Hetze, der Propagierung und Organisierung von Diversion und Sabotage gegen die DDR“ betrieb.⁷³

Herbert W. Kundler (geb. 1926, gest. 2004) wurde in Düsseldorf in eine protestantische Familie geboren; sein Vater Wilhelm (geb. 1889) war studierter Jurist, promoviert und Offizier, seine Mutter hieß Elly (geb. 1891, gest. 1941).⁷⁴ Kundler studierte zunächst vom Sommersemester 1946 bis zum Wintersemester 1947/48 Rechtswissenschaften an der Berliner Universität.⁷⁵ Er setzte das Studium an der Harvard University fort (Jura und Soziologie) und absolvierte ein Volontariat beim Time Magazine. Danach kehrte er nach West-Berlin zurück. Kundler wirkte 1951 zunächst als freischaffender, dann als festangestellter Redakteur in der „RIAS-Funkuniversität“.⁷⁶ 1954 wurde er RIAS-Hauptabteilungsleiter für „Kulturelles Wort“, das beim Programmdirektor angesiedelt war.⁷⁷ Diese Funktion übte er auch während seiner Beratertätigkeit für das Projekt aus.⁷⁸

Der gleichnamige Vater (geb. 1889, gest. 1939) von *Erich Matthias* (geb. 1921, gest. 1983) war Leiter der Volksschule in Uetzingen (Lüneburger Hei-

70 Vgl. Immatrikulationskarte Hanns-Peter Herz (Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin).

71 Vgl. Auskunftsbericht vom 27.10.1983 (BArch, MfS, AG XVII Nr. 1421, Bl. 91, 105).

72 Vgl. Hanns-Peter Herz, Freie Deutsche Jugend. Berichte und Dokumente zur Entwicklung und Tätigkeit der kommunistischen Jugendorganisation, München 1957.

73 Vgl. Auskunftsbericht vom 27.10.1983 (BArch, MfS, AG XVII Nr. 1421, Bl. 110f.).

74 Vgl. Meldekartei Düsseldorf 1926–59 (Stadtarchiv Düsseldorf, Film-Nr.: 7-4-3-176.0000, Karte 1239: Herbert W. Kundler).

75 Vgl. Immatrikulationskarte Herbert W. Kundler (Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin).

76 Vgl. Ministerium für Staatssicherheit/Presseabteilung, „RIAS“, „Hundert 6“ und „Radio 100“. Instrumente der ideologischen Diversion gegen die DDR, Berlin 1989 (BArch, MfS, BdL/Dok. Nr. 006382, Bl. 16).

77 Vgl. Auskunftsbericht über den RIAS („Rundfunk im amerikanischen Sektor“) Berlin (West), 16.5.1980, BArch, MfS, Abt. X Nr. 31, Bl. 268-296, hier 275.

78 Vgl. Jutta Ursula Kroening/Herbert Kundler, RIAS Berlin. Eine Radio-Station in einer geteilten Stadt. Programme und Menschen – Texte, Bilder, Dokumente, Berlin 1994.

de); die Mutter hieß Luise (geb. 1885, gest. 1959). Der Protestant geriet 1915 in russische Kriegsgefangenschaft, wo er fünf Jahre in Sibirien inhaftiert war. Der Sohn besuchte Mittelschule und Gymnasium in Walsrode und machte 1939 das Abitur. Seine Absicht, Journalist zu werden, verwarf er.⁷⁹ Erich Matthias war zunächst im Deutschen Jungvolk, dann bei der Hitlerjugend aktiv, wo er Leitungs- und Schulungsaufgaben übernahm. Er studierte nach absolviertem Reichsarbeitsdienst (April bis November 1939) ab 1939 in Göttingen zwei Trimester Geschichte und Literatur, ab 1940 in München ein Trimester Philosophie.⁸⁰ 1940 bis 1945 diente er in der Wehrmacht, zuletzt als Leutnant, und wurde im Juli 1945 aus der Internierung entlassen.⁸¹ Ab 1945 studierte er in Göttingen und promovierte dort – nach einem Forschungsaufenthalt in Schweden 1947/48 – 1951 über „Sozialdemokratie und Nation“.⁸² Bis Januar 1953 war Matthias freiberuflich in Göttingen tätig und unterrichtete an der Volkshochschule. Danach wurde er Redakteur der Zeitschrift „Ost-Probleme“ in Bad Godesberg, die sich mit Fragen Osteuropas befasste. In den Jahren 1954 bis 1956 hatte er ein Stipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), 1954/55 unterbrochen durch ein weiteres Forschungstipendium der (1952 gegründeten) Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.

Carl Mayer (geb. 1902, gest. 1974) kam in Pforzheim zur Welt. Er studierte an der Karl-Ruprechts-Universität in Heidelberg Sozial- und Staatswissenschaften u. a. bei Alfred Weber, dem Sozialökonom Eduard Heimann (geb. 1889, gest. 1967) und dem Philosophen Karl Jaspers (geb. 1883, gest. 1969).⁸³ 1929

79 Vgl. Erich Matthias, Frühe Liebe zur Geschichte und Literatur. In: Walsroder Zeitung vom 7.8.2021; Thorsten Neubert-Preine, Erich Matthias (Manuskript), 2021.

80 Vgl. Universitätsarchiv München, Studentenkartei II (1935–1945), Erich Matthias.

81 Der Nachlass von Erich Matthias befindet sich im Bundesarchiv (N 1326), ist jedoch noch unbearbeitet. Zur Person vgl. Lothar Albertin/Werner Link (Hg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart. Erich Matthias zum 60. Geburtstag, Düsseldorf 1981; Hermann Weber: Erich Matthias 60 Jahre. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 17 (1981) 3, S. 409–418; vgl. insbesondere Horst-Albert Kukuck, Erich Matthias. In: Fred Ludwig Sepaintner (Hg.), Baden-Württembergische Biographien, Stuttgart 2013, S. 260–264.

82 Vgl. Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933–1938, Stuttgart 1952. Zur Thematik publizierte er auch zwei Jahre später: ders., Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten. 1914–1945. Eine Übersicht, Tübingen 1954.

83 Zu Carl Mayer vgl. Arnold Brecht, Carl Mayer 1902/1974. Ein Überblick über sein Leben und Werk und die Arbeit des Sozialwissenschaftlichen Archivs Konstanz, Konstanz 1974; Helmut R. Wagner, Carl Mayer. In: Wilhelm Bernsdorf/Horst Knospe

promovierte er mit der 39-seitigen Analyse „Sekte und Kirche“ über die Religionssoziologie Max Webers.⁸⁴ Danach war er bis zum 1. April 1933 Dozent an der gewerkschaftlich orientierten Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt am Main, zuletzt als kommissarischer Leiter,⁸⁵ bis sie von den Nationalsozialisten geschlossen und ihm gekündigt wurde. Mayer emigrierte auf Vermittlung des New Yorker „Committee for Displaced Foreign Scholars“ und wurde Dozent an der „University in Exile“, dann an der University of Michigan und der University North Carolina. 1937 wurde er Associate Professor an der „University in Exile“, wo er 1944 als Professor für Soziologie berufen wurde. Er profilierte sich als Religionssoziologe und kehrte nicht wieder nach Deutschland zurück.⁸⁶

Ernst Richert (geb. 1912, gest. 1976) kam in Wittenberge (Brandenburg) als ältestes von fünf Geschwistern zur Welt. Sein gleichnamiger, promovierter Vater (geb. 1882), ein Studienrat, kam wie seine Mutter Eva (geb. 1891) aus Berlin. Die Eltern lebten auch nach 1950 in Wittenberge, ab 1954 in Prerow.⁸⁷ Nach dem Abitur am Reformrealgymnasium in Wittenberge studierte er vom Sommersemester 1930 an bis November 1935 Philosophie, Soziologie und Kunstgeschichte an der Berliner Universität.⁸⁸ 1939 promovierte er an der Philosophischen Fakultät bei dem Philosophieprofessor Nicolai Hartmann (geb. 1882, gest. 1950) über „Die besonderen Naturgesetze bei Kant“, wobei die Doktorwürde nicht verliehen worden sein soll, da die Arbeit nicht verlegt wurde.⁸⁹ In den Jahren 1939 bis 1942 arbeitete er als Redakteur an der F. A. Brockhaus-Enzyklopädie in Leipzig mit, die in dieser Zeit nationalsozialistisch eingefärbt war. Welche politische Haltung Richert in jener Zeit hatte, ist unklar.⁹⁰ Das Ministerium für Staatssicherheit ermittelte hinsichtlich seines Lebensweges:

(Hg.), Internationales Soziologenlexikon, Bd. 2, Stuttgart 1984, S. 537; Alfred Gugolz, Charisma und Rationalität in der Gesellschaft. Die Religionssoziologie Carl Mayers zwischen klassischen Theorien und moderner Wissenssoziologie, Berlin 1984.

84 Vgl. Carl Mayer, Sekte und Kirche. Ein religionssoziologischer Versuch, Heidelberg 1933.

85 Vgl. Carl Mayer, Zur Gestaltung des wirtschaftswissenschaftlichen Unterrichts an der Akademie. In: Ernst Michel (Hg.), Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main 1921–1931, Frankfurt a. M. 1931, S. 73–76.

86 Vgl. Klemens Wittebur, Die deutsche Soziologie im Exil 1933–1945. Eine biographische Kartographie, Münster 1989, S. 87 f.

87 Vgl. Meldekarten Ernst Richert (Archiv der Stadtverwaltung Wittenberge).

88 Vgl. Matrikeleintrag Ernst Richert (Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin; Matrikel-Nr. 6527).

89 Die Dissertation kann publizistisch nicht nachgewiesen werden; gleichwohl führte Richert den Dokortitel.

90 Vgl. Rüdiger Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Göttingen 2007, S. 607.

„Während der Nazizeit war R. vom September – Oktober 1940, später nochmals von März – September 1942 als Schütze zum Militär nach Zittau einberufen. Anschließend war er bis Anfang 1943 im Heimatkraftwagenpark Berlin tätig. Danach wurde er aus dem Militärdienst entlassen und war dann als Zivilist (Hauptsachbearbeiter) beim Überseefunk beschäftigt. In Gefangenschaft war er nicht. Nach Angaben in seinem Personalfragebogen will er seit Dezember 1944 Verbindungsmann des NKFD (Nationalkomitee Freies Deutschland) am Überseefunk gewesen sein.“⁹¹

Mithin ein Hinweis auf widerständiges Verhalten. Genau genommen war er Redakteur beim „Deutschen Kurzwellensender“, der in mehreren Sprachen im Ausland die nationalsozialistische Politik propagierte.⁹² „Nach Beendigung des Krieges“, so der Ermittlungsbericht des MfS, „war R. in Leipzig als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stadtgeschichtlichen Museum tätig, wurde dann Leiter der Abteilung Schriftsteller im Verband der Kulturschaffenden in Leipzig.“⁹³ Von 1946 bis 1948 war er außenpolitischer Redakteur und Mitglied des Redaktionsstabes der „Leipziger Zeitung“ – nicht bei dem zugleich erscheinenden Organ der SED „Leipziger Volkszeitung“ – und 2. Vorsitzender des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ in Leipzig. Er gehörte der SPD, dann ab April 1946 der SED an und nahm am Ersten Deutschen Schriftstellerkongress 1947 teil.⁹⁴ Als Vertreter des Kulturbundes gehörte Richert „von Herbst 1946 bis Ende 1949 dem Stadtparlament“ an und war dort Mitglied mehrerer Ausschüsse. „Die Protokolle der Parlamentssitzungen weisen ihn aus als Verfechter einer von Toleranz geleiteten und am Gemeinwohl orientierten Blockpolitik, einer fairen und sachlichen Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinweg.“⁹⁵

Seine geistige Unabhängigkeit von der Einheitspartei brachte ihn in politische Schwierigkeiten. „Der SED-Kreisvorstand beklagte seine schlechte Parteidisziplin im Parlament, und im Kollegenkreis galt er gar als parteilos.“⁹⁶ Ende 1949 floh er in die Bundesrepublik und arbeitete als Rundfunkredakteur. 1950 warb ihn der ihm aus Leipzig vertraute Otto Stammer für die Forschungsabteilung „Sowjetzone“ des Berliner Instituts für Politikwissenschaft an, wo er sich

91 Ermittlungsbericht der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig, Abteilung V/1 vom 28.12.1954 (BArch, MfS, AOP Nr. 2890/62, Bd. 1, Bl. 42 f., hier 42).

92 Vgl. Heinz Sarkowicz, *Radio unterm Hakenkreuz*, Berlin 2004.

93 Ermittlungsbericht der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig, Abteilung V/1 vom 28.12.1954 (BArch, MfS, AOP Nr. 2890/62, Bd. 1, Bl. 42 f., hier 42).

94 Vgl. Ursula Reinhold/Dieter Schlenstedt/Horst Tanneberger (Hg.), *Erster Deutscher Schriftstellerkongress. 4.–8. Oktober 1947. Protokoll und Dokumente*, Berlin 1997, S. 224; Hüttmann, *DDR-Geschichte*, S. 42.

95 Christiane Deuse, *Die Leipziger Zeitung. Geschichte eines Lizenzblattes in der Sowjetischen Besatzungszone (1946-1948)*, Münster 1997, S. 183.

96 Ebd.

zum „Begründer der sozialwissenschaftlichen DDR-Forschung“⁹⁷ entwickelte. Bis Dezember 1956 war Richert hauptamtlicher Leiter der Ostabteilung am Institut und arbeitete eng mit Carola Stern zusammen.⁹⁸ Unweigerlich weckte er das Interesse des MfS an seiner Person, das ihn so beschrieb:

„Richert ist stark interessiert an Informationen aus der DDR über den Partei- und Staatsapparat. Er versucht näheres zu Personen, die in leitenden Stellungen sind, zu erfahren. [...] Richert ist weiterhin bestrebt, Informationen über die Stimmung aus der Bevölkerung der DDR zu besonders wichtigen Anlässen zu erhalten. Weiterhin ist Richert an der Ausarbeitung von Hetzschriften und Hetzartikeln, die sich gegen den Partei- und Staatsapparat der DDR richten, führend beteiligt bzw. hat selbst solche Hetzschriften und Artikel erarbeitet.[⁹⁹...] Bis zum Jahr 1960 hat Richert ständig Befragungen von Republikflüchtigen durchgeführt. Er orientierte sich hierbei besonders auf ehemalige Mitarbeiter aus dem Partei- und Staatsapparat. Das Ergebnis der Befragungen verwertete Richert in seinen Monatsanalysen.“¹⁰⁰

Ernst Richert zählte gewiss zu den wenigen Beratern des Projekts, die unmittelbare Erfahrungen im Nationalsozialismus und der Sowjetischen Besatzungszone nicht nur hatten, sondern diese bereits seit Jahren wissenschaftlich aufbereiteten. In jener Zeit, erinnerte sich Carola Stern, „träumte [Richert] von einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus“.¹⁰¹ Einen Namen an der Columbia University hatte er sich bereits 1954 gemacht.¹⁰²

Im Januar 1956 erfuhr das MfS durch ihren inoffiziellen Mitarbeiter „Lenz“, der Richert zunächst im Auftrag des KGB, dann des MfS regelmäßig

97 Vgl. Peter Christian Ludz, In memoriam Ernst Richert. In: Deutschland Archiv, 9 (1976), 3, S. 234f.

98 Zu Ernst Richert vgl. Hubertus Buchstein, Totalitarismustheorie und empirische Politikforschung. Die Wandlung der Totalitarismuskonzeption in der frühen Berliner Politikwissenschaft. In: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 239–266, hier 247; Hüttmann, DDR-Geschichte, S. 140–142.

99 Exemplarisch hier angeführt: Institut für politische Wissenschaft (Hg.), Faktoren der Machtbildung, Wissenschaftliche Studien zur Politik, Berlin 1952; Ernst Richert, Der Fall Dertinger und die DDR-Außenpolitik. In: Ost-Probleme, 6 (1953) 3, S. 184; ders., Der Mensch in der Sowjetzone. In: Ost-Probleme, 7 (1954) 6, S. 82.

100 Dr. Ernst Richert, 24.11.1961 (BArch, MfS, HA XX Nr. 10183, Bl. 212f.); vgl. hierzu Hüttmann, DDR-Geschichte, S. 118.

101 Carola Stern, Doppelleben, Reinbek 2002, S. 110.

102 Vgl. Max Gustav Lange/Ernst Richert/Otto Stammer, Das Problem der „neuen Intelligenz“ in der sowjetischen Besatzungszone. Ein Beitrag zur politischen Soziologie der kommunistischen Herrschaftsordnung. In: Veritas – Justitia – Libertas. Festschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York. Überreicht von der Freien Universität Berlin und der Deutschen Hochschule für Politik Berlin, Berlin 1954, S. 191–246.

im Institut besuchte,¹⁰³ von dem Projekt an der Harvard-University: „Die Harvard University plant ein Kompendium über die Sowjetzone. Auch Richert und Carola Stern haben Beiträge geliefert, die gut honoriert wurden.“¹⁰⁴ Und im November 1956 lag das Ergebnis auf dem Tisch. „Lenz“ wusste an das MfS auffallend nüchtern zu berichten: „Richert zeigte mir eine größere Schrift in rotem Pappereinband, Maschinenschrift, durch ein Umdruckverfahren vervielfältigt, in englischer Sprache herausgegeben von HRAF [Human Relations Area Files, Inc] ‚The Soviet Zone of Germany‘, im Rahmen einer Sammlung von Monographien über alle möglichen und unmöglichen [Staaten] der Erde (z. B. über Litauen oder die Ostjaken in Sibirien). Der Hauptverfasser ist Herbert J. Spiro, der auch in Berlin war. Als ‚Consultants‘ sind u. a. angegeben: Ernst Richert, Carola Stern, Fritz Baade, Erich Matthias. Das Buch enthält neben anderen auch Charakteristiken der ‚Person of importance‘, z. B. [Fritz] Selbmann, Johannes R. Becher, [Franz] Dahlem usw. (je etwa 1–1/2 Schreibmaschinenseiten).“¹⁰⁵

Heinrich Rittershausen (geb. 1898, gest. 1984) kam in Schleswig (ehemals Hauptstadt des Herzogtums Schleswig) als Sohn des protestantischen königlichen Geheimen Regierungs- und Gewerberates Richard Rittershausen (geb. 1854, gest. 1919), einem späteren Gymnasialdirektor in Erfurt, und dessen Frau Martha (geb. 1869, gest. 1931) zur Welt. Nach seinem im Juni 1917 erworbenen Abitur war er zunächst gut ein Jahr – Ritterhausen gibt in seinen vielfältig modellierten Lebensläufen zwei Jahre an – bei der Jugendwehr in Erfurt sowie ein Jahr bei der vormilitärischen Ausbildung im Vaterländischen Hilfsdienst¹⁰⁶ während seines Studiums auf einer landwirtschaftlichen Domäne und in der Motorenabteilung einer Flugzeugfabrik engagiert, bevor er „Kriegsteilnehmer“ wurde. Nach eigenen Angaben war er von Mai bis November 1918 Kraftfahrer bei der Garde-Kraftfahr-Ersatz-Abteilung in Köln-Deutz. Sein Abrücken ins Feld war für den 10. November 1918 festgesetzt, nur endete der Erste Weltkrieg einen Tag später; anschließend war er ausgemustert. Er hat die Front nie gesehen, gilt aber zeitgenössisch, da eingezogen, als Kriegsteilnehmer,¹⁰⁷ worauf hinzuweisen Rittershausen in kaum einem Lebenslauf verzichten mochte. Allerdings weist seine Darstellung einen Schönheitsfehler

103 Mündlicher Bericht des GM „Lenz“ vom Treff am 14.1.1958 (BArch, MfS, AOP Nr. 2890/62, Bd. 1, Bl. 167f., hier 167).

104 Institut für politische Wissenschaft, 21.2.1956 (BArch, MfS, AOP Nr. 2890/62, Bd. 1, Bl. 64–66, hier 66).

105 „Lenz“, Abschrift vom 6.11.1956 (BArch, MfS, AOP Nr. 2890/62, Bd. 1, Bl. 102–104, hier 102f.).

106 Vgl. hierzu Trude Maurer: „... und wir gehören auch dazu“. Universität und Volksgemeinschaft im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2015.

107 Vgl. Personalakte Heinrich Rittershausen (BArch, R 9361/II, 1077728, S. 1).

auf: Den Hilfsdienst gab es allein während des Krieges und während seines Studiums – mithin für ihn kaum ein Jahr.¹⁰⁸ Politisch will er von 1917 bis 1919 Mitglied der Deutschen Vaterlandspartei gewesen sein, einer Partei, die sich im September 1917 gründete und im November 1918 wieder auflöste. Sie vertrat konservative, nationalistische, antisemitische und völkische Ideen.¹⁰⁹

Im Sommersemester 1918 studierte er an der Ingenieurhochschule in Hannover Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften, wechselte an die Universität Jena, an der er sich für das Wintersemester 1918/19 immatrikulierte. Dort studierte er nach eigenen Angaben Philosophie, Botanik, Zoologie, Anatomie und Physiologie. In seinen Lebensläufen datierte er den Beginn des Studiums fälschlich auf das Jahr 1919. Zum Sommersemester 1919 ging er an die Universität Greifswald, um dort für ein Semester Zahnmedizin zu studieren. Er belegte Vorlesungen zur Zahnersatzkunde und Anatomie,¹¹⁰ was er in seinen Lebensläufen unerwähnt ließ. Von Greifswald wandte er sich nach unterdessen drei Semestern mit jeweils unterschiedlichen Studienfächern der vierten Hochschule zu, der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität in Frankfurt am Main, wo er vom Wintersemester 1919 an Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studierte und sich als „rer. pol.“ einschrieb. Dieses Studium beendete er nach fünf (er schrieb sechs) Semestern im Wintersemester 1921/22 mit einer politikwissenschaftlichen Dissertation „Die Aufbringung der Reparation“.¹¹¹ In jener Zeit habe er den „Kampf gegen den Versailler Vertrag in Wort und Schrift“¹¹² geführt. Bereits nach dem dritten Semester – nachdem er sich mit Zahnmedizin befasst hatte – wollte er eine Offerte von Professor Adolf Weber (geb. 1876, gest. 1963) erhalten haben, 1921 als dessen Assistent zum Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der Universität München zu wechseln. Dies habe er abgelehnt. Nach der Promotion scheint er sich in den USA aufgehalten zu haben, denn Rittershausen schrieb 1940: „Ab Herbst 1923 in Berlin zusammen mit dem jetzigen Professor C[harles] A. Friedrich in Harvard mit Hilfe eines amerikanischen Stiftungsfonds umfangreiche preisstatistische Arbeiten durchgeführt, insbesondere einen sonst nicht vorhandenen täglichen Gross- und Kleinhandelsindex in den letzten Wochen der Inflation aufgestellt.“¹¹³ 1924 immatrikulierte er sich an der Berliner Universität.

108 Ebd.

109 Vgl. hierzu Heinz Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997.

110 Vgl. Universitätsarchiv Greifswald; Heinrich Rittershausen, Matrikel Bd. 8, Sommersemester 1919, Nr. 1578 und Nr. 2280.

111 Vgl. Heinrich Rittershausen, Die Aufbringung der Reparation, Frankfurt a. M. 1922.

112 Vgl. Personalakte Rittershausen, S. 3.

113 Ebd., S. 4.

Anschließend arbeitete er bis 1927 als erster amtlicher Buchprüfer des neu geschaffenen Prüfungsdienstes beim Finanzamt Frankfurt am Main, als Prokurist bei der Thüringischen Staatsbank in Weimar und bei der Deutschen Boden-Kultur-Aktiengesellschaft in Berlin.¹¹⁴ 1928/29 war er Austauschstudent an der London School of Economics. 1930 erhielt er einen Lehrauftrag für Hypothekenbankwesen an der Universität Frankfurt, der von der Frankfurter Pfandbriefbank und Hypothekenbank finanziert wurde.¹¹⁵ Seine in jener Zeit verfasste Habilitation sei, wie er schreibt, „aus politischen Gründen 2 ½ Jahre verschleppt worden.“ Und an anderer Stelle vermerkte er, er sei „infolge politischer und jüdischer Vorgänge erst nach der Gründung des neuen Reiches am 6. Mai 1933 habilitiert“¹¹⁶ worden. Diese Darstellung taucht nicht lediglich punktuell auf, sondern er wiederholte sie verschiedentlich, so auch 1939, als er gegenüber der NSDAP-Gauleitung Thüringen ausführte:

„Das Buch¹¹⁷ zog die bittere Feindschaft der fast rein jüdischen Frankfurter Fakultät und der gesamten Theorie auf mich. Ich wurde sehr schlecht besprochen, als wilder Mann hingestellt (was heute noch nachwirkt). Der jüdische Stadtrat und Dozent [Ernst] Kahn [(geb. 1884, gest. 1959)] drohte, der Universität die städtischen Gelder zu entziehen, wenn sie mich nicht entlasse [...]. Zwei und ein Viertel Jahr Verschleppung meiner erst als gesichert bezeichneten Habilitation. [...] Inzwischen Kampf gegen die Verjudung der Grossbanken und die von den Juden herbeigeführte Bankenkrise [...], welche die Gegnerschaft verschärften.“¹¹⁸

1930/31 war er Mitglied der SPD, „in dem falschen Glauben“, schrieb Rittershausen, „dort für Arb[beits]-Beschaff[ung] kämpfen zu müssen. Seit 1931 schärfster Kampf gegen das alte Regime.“¹¹⁹ Diese einjährige Mitgliedschaft in der SPD kam bei den Nationalsozialisten später nicht gut an. 1935 hieß es über ihn seitens der NSDAP: „Rittershausen, der ehemals Mitglied der S.P.D. war, hat nach der Revolution [1933] in sich den Nationalsozialisten entdeckt und sich seither 110%ig benommen. Es erscheint sehr zweifelhaft, dass er ein opferbereiter Nationalsozialist der Tat ist.“¹²⁰ Als Rockefeller-Fellow hielt er sich 1931/32 in Madrid und 1935 in Paris auf.¹²¹

114 Vgl. ebd., S. 3.

115 Vgl. ebd., S. 6.

116 Ebd., S. 4.

117 Gemeint ist Heinrich Rittershausen, *Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung*. Zugleich ein bankpolitisches Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, Jena 1930.

118 Schreiben von Heinrich von Rittershausen an die NSDAP-Gauleitung Thüringen, Amt NS-Dozentenbund, Gaudozentenbundführer, vom 17.6.1939 (Universitätsarchiv Jena, Abt. IV, Nr. 26, Bl. 184 f.).

119 Vgl. Personalakte Rittershausen, S. 2.

120 Ebd.; vgl. hierzu Peter Mantel, *Betriebswirtschaftslehre und Nationalsozialismus. Eine institutionen- und personengeschichtliche Studie*, Wiesbaden 2009, S. 806.

121 Vgl. Personalakte Rittershausen, S. 4.

Nach seinem Austritt aus der SPD will er sich politisch umorientiert haben. Er schrieb während des Nationalsozialismus rückblickend zu seinem Wirken ab 1932: „Wegen meiner fortgesetzten Mitarbeit am Wirtschaftspol[itischen] Stab der NSDAP im Berliner Braunen Hause wurde mir [im Sommer 1932] dort mein Eintritt in die Partei als überflüssig“¹²² angesehen. Nach seinem Parisaufenthalt besuchte er die Dozenten-Akademie in Kiel. In seinen Beurteilungen finden sich Sätze wie, Rittershausen habe sich „scharf gegen die eingewurzelten liberalistischen Wirtschaftstheorien“ gewandt. Über ihn heißt es aber auch: „Egoist, disziplinlos, schwankende Haltung, charakterlich und politisch unerfreulich“.¹²³ Ab 1935 lehrte er westeuropäische Wirtschaftskunde.¹²⁴ 1939 wurde er zum beamteten Dozenten ernannt und hatte 1939/40 einen Lehrauftrag an der Wirtschafts-Hochschule in Berlin.¹²⁵ Er war durchaus mit Kriegsfragen befasst, wie auch seiner wissenschaftlichen Publizistik zu entnehmen ist. So war er Herausgeber der 1939 erschienenen Schrift „Barzahlung und Zahlungsmittelversorgung in militärisch besetzten Gebieten“.¹²⁶ Ab Oktober 1940 war er außerordentlicher Professor an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau.¹²⁷

Heinrich Rittershausen erklärte während des Nationalsozialismus: „Der NSDAP gehöre ich noch nicht an, wohl aber dem NSLB [Nationalsozialistischer Lehrerbund], dem NSRB [Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund], der NSV [Nationalsozialistische Volkswohlfahrt], dem RLB [Reichsluftschutzbund].“ Als Referenzperson gab er Johann Wilhelm Ludowici (geb. 1896, gest. 1983) an, der seit 1923 der NSDAP angehörte und Stellvertreter des NS-Chefideologen Alfred Rosenberg (geb. 1892, gest. 1946) im Kampfbund für deutsche Kultur sowie Beauftragter der NSDAP für alle Siedlungsaufgaben und Siedlungsbeauftragter im Stab des Stellvertreters des Führers war.¹²⁸

1944 endete seine außerordentliche Professur. Nach 1945 war er in Neustadt an der Weinstraße bei einer Firma für die Montage von Behelfsheimen und ab Oktober 1945 in Minden an der „Verwaltung für Wirtschaft“ beschäftigt, wo er zum Ministerialdirektor ernannt wurde. Er beteiligte sich an den

122 Vgl. ebd., S. 4.

123 Ebd., S. 4.

124 Vgl. ebd., S. 28.

125 Vgl. ebd., S. 65 und 69.

126 Georg Holzhauer, Barzahlung und Zahlungsmittelversorgung in militärisch besetzten Gebieten. Mit einer Einführung von H[einrich] Rittershausen, Jena 1939. Rezensiert von Alain M. Madlé. In: Zeitschrift für Nationalökonomie/Journal of Economics, 10 (1942) 2, S. 338 f.

127 Vgl. Personalakte Rittershausen, S. 93.

128 Vgl. Rüdiger Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933–1945, Göttingen 2012, S. 441, Anm. 51.

Debatten zur Währungsreform 1948 und zur Reform der Preisbildung. Von 1948 bis 1950 war er Journalist beim Berliner „Tagesspiegel“, der „Neuen Zürcher Zeitung“ und auch der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“; zugleich hatte er einen Lehrauftrag an der Universität Frankfurt am Main. 1950 wechselte er an die Wirtschaftshochschule Mannheim, unterrichtete Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik, 1953 an die Universität Köln, wo er zu Bankbetrieben lehrte. Politisch erweckte er den Eindruck, Gegner des Nationalsozialismus gewesen zu sein, zumal er wegen seiner früheren Mitgliedschaft in der SPD von der „Dozentenschaft geschädigt“ worden sei. Als „früheres SPD-Mitglied“ sei er „ein bekannter Gegner des Nazismus“¹²⁹ gewesen.

Otto Stammer (geb. 1900, gest. 1978) war Sohn des Gastwirtes Albert Otto und dessen Frau Lisa in Leipzig.¹³⁰ Den Besuch der Leibniz-Oberrealschule unterbrach er, nachdem er von Juni bis Dezember 1918 zum Infanterie-Regiment 107 eingezogen worden war. 1919 trat er der SPD bei. Nach dem Abitur 1920 wurde er ab dem Sommersemester 1920 an der Universität Leipzig für „cam. et. jur.“ immatrikuliert; als Glaubensbekenntnis vermerkte die Urkunde: „ohne“. Er exponierte sich politisch an der Universität, wurde dort Vorsitzender der Sozialistischen Studentengruppe, war 1922 Mitbegründer und bis 1924 Vorsitzender der in Leipzig gegründeten Sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Österreichs, die der SPD nahe standen.¹³¹ Gleichzeitig fungierte er als Leitungsmitglied des Reichskartells der Deutschen Republikanischen Studentenschaft (ein Zusammenschluss linker und liberaler Studentenorganisationen)¹³² und Studentendelegierter der Fédération Universitaire Internationale pour la Société des Nations (FUI).¹³³ Stammer studierte bis zum Sommersemester 1924 Philosophie, Politik und Staatswissenschaften in Leipzig,¹³⁴ allerdings im Wintersemester 1922/23 an der Berliner Universität, wo

129 Vgl. Mantel, Betriebswirtschaftslehre, S. 807; Rieter, Anfänge, S. 43.

130 Vgl. Dirk Kaesler, Otto Stammer. In: Neue Deutsche Biographie, 25 (2013), S. 48 f. Das Bundesarchiv verzeichnet seinen Nachlass unter der Signatur N 1487.

131 Vgl. Franz Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1990, S. 27–83.

132 Vgl. ebd., S. 69–76; Wilhelm Kreutz, Studenten im Kampf für die Weimarer Republik. Vom „Reichskartell der Republikanischen Studenten“ zum „Republikanischen Studentenbund“ (1922–1933). In: Rüdiger vom Bruch/Martin Kintzinger (Hg.), Jahrbuch für Universitätsgeschichte, Stuttgart 2014, S. 185–199.

133 Vgl. Jürgen Fijalkowski, Otto Stammer. In: ders. (Hg.), Politologie und Soziologie. Otto Stammer zum 65. Geburtstag, Köln 1965, S. 7–13, hier 7.

134 Vgl. Universitätsarchiv Leipzig, Rep. 1-16-07-C 85, Bd. 1, Otto Stammer; ebd., Rep. 1-16-07-C 83, Bd. 2, Otto Stammer; ebd., Quästur Otto Stammer.

er für Philosophie immatrikuliert war.¹³⁵ 1924 promovierte er zum Dr. rer. pol. mit der 282-seitigen Arbeit „Der Staat bei Karl Marx und Friedrich Engels. Gesehen als philosophisch-soziologischer, juristischer und politischer Staatsbegriff“. Die Dissertation erschien noch im gleichen Jahr als Verlagspublikation. Anschließend arbeitete er als innen- und wirtschaftspolitischer Redakteur bei der Tageszeitung „Arbeiterwille“ in Graz, war ab 1929 Dozent an der Heimvolkshochschule Harrisleefeld (Flensburg), ab 1930 Leiter der Arbeiterwirtschaftsschule in Peterswaldau (Schlesien) und Bildungsreferent des SPD-Bezirks Mittelschlesien (Breslau). 1933 inhaftierten ihn die Nationalsozialisten kurzzeitig. Danach war er bis 1937 arbeitslos, half teils als Kellner in der Gastwirtschaft seines Vaters aus. „1937 ‚flüchtete‘ Stammer in die Industrie und übernahm die Leitung eines pharmazeutischen Betriebes, eine Position, die ihn vor dem Kriegsdienst bewahrte. Ab 1943 baute er einen Ausweichbetrieb in Röcknitz bei Wurzen auf.“¹³⁶ Das Kriegsende erlebte er dort.

„Stammer wurde von der Roten Armee zum Bürgermeister des Ortes und später von der Landesverwaltung zum Treuhänder und Leiter des enteigneten Betriebs gemacht. In Röcknitz gründete er eine Ortsgruppe des NKFD und rief die SPD wieder ins Leben“. Er war „offenbar kein Gegner der Fusion von KPD und SPD: Er setzte auf eine Einheitspartei unter sozialdemokratischer Führung, vergleichbar mit der USPD, wobei er auf die fruchtbare Zusammenarbeit mit weniger indoktrinierten Kommunisten hoffte. Stammer sympathisierte mit verschiedenen Strömungen des ethischen, kulturellen, auch des religiösen Sozialismus, hielt aber schon früh eine Republik mit demokratischer Verfassung für die einzig akzeptable Staatsform.“ Die Leipziger SPD schlug ihn für die Chefredaktion des geplanten SED-Organs Leipziger Volkszeitung vor, aber daraus wurde nichts, weil er „schon längere Zeit die zentrale Figur der Redaktion in der Dresdner Straße“¹³⁷ war, also der Leipziger Zeitung, die 1946 eine Lizenz erhielt und Anfang 1948 verboten wurde, weil ihre politische Unabhängigkeit zu groß geblieben war.

1948/49 fungierte Stammer in Leipzig als sozialwissenschaftlicher Redakteur beim Bibliographischen Institut und wirkte als Dozent für Volkswirtschaftslehre und Staatstheorie an der Meisterschule für das graphische Gewerbe. 1949 habilitierte er sich für Soziologie an der FU Berlin, an der er seit 1951 als außerordentlicher, seit 1955 als ordentlicher Professor für Soziologie und Politische Wissenschaft wirkte. Er war ab 1951 zunächst kommissarisch,

135 Vgl. Matrikeleintrag vom 26.10.1922 und Abgangszeugnis Otto Stammer vom 28.4.1923 (Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin).

136 Deuse, Die Leipziger Zeitung, S. 132.

137 Ebd., S. 133.

dann ab 1955 formell Leiter des Instituts für politische Wissenschaft an der FU Berlin. 1954 nahm er eine Gastprofessur an der Columbia University in New York wahr.

Mit Fragen des Totalitarismus hatte sich Stammer schon früh befasst, wie seinem Vorwort in einer 1955 in Stuttgart erschienenen Studie von Max Gustav Lange „Wissenschaft im totalitären Staat. Die Wissenschaft der Sowjetischen Besatzungszone auf dem Weg zum Stalinismus“¹³⁸ zu entnehmen ist. Später erst suchte er nach Alternativen zu diesem Modell,¹³⁹ weil er die These problematisch fand, wonach „die faschistische und kommunistische totalitäre Diktatur in ihren wesentlichen Zügen gleich sind“.¹⁴⁰ Bereits 1951 hatte er fein differenzierend zum Vergleich zwischen „totalitär-autokratischen“ – gemeint sind der NS-Staat und die DDR – „und demokratischen Systemen“ geschrieben: Totalitäre Systeme, gleich welcher Provenienz, zeichneten sich dadurch aus, dass die Eliten weniger Funktionseleiten, sondern eher Werteliten darstellen, sie im Prozess der politischen Willensbildung ausschließlich von oben nach unten agierten“ und nicht die „enge politische Verbindung zwischen den Volksmassen, den einzelnen Gruppen der Gesellschaft und der Führung des Staates“ dar- bzw. herstellten. Wenn politische Systeme überhaupt aufgrund ihres Aufbaus scheitern könnten, so Stammer, dann „an den Fehlern ihrer Elitenbildung“.¹⁴¹

Carola Stern (geb. 1925, gest. 2006) ist das Pseudonym von Erika Asmuß (später Assmus), der in Ahlbeck geborenen Tochter des Kreis Ausschuss-Obersekretärs Otto Asmuß und der dann alleinerziehenden Mutter Ella. Von 1932 bis 1936 besuchte sie die Volksschule, anschließend bis 1944 die Fontane-Oberschule für Mädchen in Swinemünde, die sie mit dem Abitur ab-

138 Vgl. hierzu Otto Stammer, Aspekte der Totalitarismusforschung. In: Soziale Welt, 12 (1961) 2, S. 97–111. Nachdruck bei: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1968, S. 414–437.

139 Vgl. Hubertus Buchstein, Totalitarismustheorie und empirische Politikforschung. Die Wandlung der Totalitarismuskonzeption in der frühen Berliner Politikforschung. In: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 239–266.

140 Vgl. Stammer, Aspekte. In: Seidel/Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, S. 422. Siehe auch Uwe Backes, in diesem Band, S. 64.

141 Otto Stammer, Das Elitenproblem in der Demokratie. In: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 71 (1951) 5, S. 1–28, hier 18. Schüler Otto Stammers in dieser Hinsicht waren Dietrich Herzog (geb. 1931, gest. 2001) und Hartmut Zimmermann (geb. 1927, gest. 1995), deren studentische Hilfskraft, dann wissenschaftlicher Mitarbeiter der Verfasser von 1988 bis 1992 am von Stammer gegründeten Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin war.

schloss.¹⁴² Sie gehörte dem Bund Deutscher Mädel (BDM) an, war dort Jungmädelführerin.¹⁴³ An diese Zeit erinnerte sie sich 1952 selbstkritisch: „Während meiner Schulzeit [war ich] begeisterte BDM-Führerin [...] und [verlor] erst in dem Jahr nach dem Zusammenbruch den Glauben an ‚Führer und Großdeutschland‘.“¹⁴⁴ Danach war sie bis 1945 Helferin in einem Kindergarten in Swinemünde, fortan Landarbeiterin in Rüdigershagen und als Haushaltsgehilfin in Wismar tätig. Anschließend übte sie eine Tätigkeit aus, die sie in ihrem Lebenslauf (1948) denkbar chiffriert erwähnt: „Vom 1. Oktober 1945 bis 15.12.1946 war ich wissenschaftliche Bibliothekarin im Institut Rabe [Raketenbau und -entwicklung] in Bleicherode. Durch die Verlagerung des Betriebes verlor ich meine Stellung.“¹⁴⁵ In dem Institut konzentrierte die sowjetische Besatzungsmacht deutsche Raketenspezialisten, die mit sowjetischen Ingenieuren am Raketenprogramm arbeiteten. Ende 1946 wurden sie gemeinsam mit ihren Familien in die Sowjetunion deportiert, um dort die sowjetische Raketentechnik weiterzuentwickeln. Diese Arbeit legte die Grundlage für das sowjetische Raumfahrtprogramm.¹⁴⁶

Ab Mai 1947 besuchte Carola Stern den zweijährigen Lehrgang für Geschichtslehrer im Pädagogischen Institut in Wiesenburg.¹⁴⁷ Zwei Wochen später wurde sie in West-Berlin vom amerikanischen Nachrichtendienst CIC wegen ihres Wissens über das Rabe-Institut rekrutiert, aufgefordert, der SED beizutreten und zu berichten.¹⁴⁸ Noch im Institut erzählte sie davon einer Freundin:

- 142 BArch, MfS, BV Potsdam, AP Nr. 2065/54, Bl. 6. Hierzu Carola Stern, In den Netzen der Erinnerung. Lebensgeschichten zweier Menschen, Reinbek 1986, S. 123–136 und 158–174.
- 143 Vgl. Carola Stern, Uns wirft nichts mehr um. Eine Lebensreise. Aufgezeichnet von Thomas Schadt, Reinbek 2004, S. 28–52; dies., Doppelleben, S. 25–32.
- 144 Lebenslauf von Erika Asmuß, ca. 1952 (Universitätsarchiv der FU Berlin, StudA Nr. 8440, S. 2); vgl. Stern, In den Netzen, S. 106–114.
- 145 Lebenslauf von Erika Asmuß vom 18.11.1948 (BArch, MfS, BV Potsdam, AP Nr. 2065/54, Bl. 6). In dem vermutlich 1952 verfassten Lebenslauf äußert sie sich präzis: „[Ich arbeitete] im Herbst 1945 zuerst als technische Rechnerin [...] arbeite ich in dem Betrieb als Leiterin der technischen Bibliothek, in dem sowjetischen Forschungsbetrieb ‚Institut Rabe‘, der sich mit der Weiterentwicklung ferngesteuerter Waffen beschäftigte.“ Lebenslauf von Erika Assmus (Universitätsarchiv der FU Berlin, StudA Nr. 8440); dazu auch Stern, In den Netzen, S. 246–248.
- 146 Vgl. Bernd Henze/Gunther Hebestreit, Raketen aus Bleicherode. Raketenbau und Entwicklung in Bleicherode am Südharz 1943–1948, Berlin 2008; Stern, Doppelleben, S. 38–42; dies., Uns wirft nichts mehr um, S. 58–60.
- 147 Vgl. Lebenslauf von Erika Asmuß vom 18.11.1948 (BArch, MfS, BV Potsdam, AP Nr. 2065/54, Bl. 6).
- 148 Vgl. Stern, Uns wirft nichts mehr um, S. 61–67; dies., Doppelleben, S. 51–55.

„Im Laufe eines Gespräches erzählte sie [Carola Stern] mir, daß sie in schwerer finanzieller Not wäre und Geld brauchte, da sie eine schwerkranke Mutter zu Hause liegen hat. Um zu Geld zu kommen, hatte sie damals für einen Amerikaner in Berlin Aufträge erledigt. Was das für Aufträge waren, kann ich nicht sagen, da ich sie damals nicht danach gefragt habe. Ich hatte ihr lediglich gesagt, daß sie sehen soll, sich dieser Aufträge zu entledigen, was sie mir auch versprach zu tun. Einige Monate später frag[t]e ich wieder danach und sie erklärte mir, daß sie nicht mehr für den Amerikaner arbeitet.“¹⁴⁹

Diese Information übermittelte die Genossin der SED-Landespartei-Kontrollkommission Brandenburg allerdings erst vier Jahre später, im Februar 1951 – was dann das Leben Carola Sterns einschneidend veränderte. Nach dem Eintritt in die SED 1947 war sie 1948/49 Lehrerin in Potsdam-Geltow geworden und arbeitete als Referentin in der Abteilung Parteischulung, Kultur und Erziehung im SED-Landesvorstand.¹⁵⁰ Sie besuchte 1949 den Viermonatslehrgang an der SED-Landespartei-schule „Ernst Thälmann“¹⁵¹ und galt als „partei-ergeben“.¹⁵² Sie wurde zum Lehrgang I an die Partei-hochschule „Karl Marx“ in Hakeburg (Kleinmachnow) unter dem Pseudonym „Wiesenburg“ delegiert, nach einem halben Jahr aus dem Lehrgang herausgenommen und als Assistentin/Dozentin an der Hochschule eingesetzt.¹⁵³ Zu ihrer Mitgliedschaft in der SED notierte sie 1952: „Meine Tätigkeit in der SED wie auch mein Eintritt in die bolschewistische Partei erklären sich aus einer sehr starken antikommunistischen Einstellung, die mich veranlasste, in Zusammenarbeit mit einer westlichen Dienststelle aus bestimmten Gründen Funktionärin der SED zu werden.“¹⁵⁴

Als die SED-Kontrollkommission sie im Juni 1951 mit dem Agenten-Vorhalt konfrontierte, floh sie, ohne zu zögern, nach West-Berlin.¹⁵⁵ Sie kannte Ernst Richert bereits aus Leipzig, ebenso Wolfgang Leonhardt (geb. 1921, gest. 2014), den sie an der Partei-hochschule kennengelernt hatte. Als bald wur-

149 Abschrift vom 23.2.1951 (BArch, MfS, BV Potsdam, AP Nr. 2065/54, Bl. 2 f., hier 3).

150 Vgl. Stern, *Doppelleben*, S. 61–64.

151 Vgl. Landespartei-schule „Ernst Thälmann“, Assmus, Erika – Charakteristik vom 3.1.1950 (BArch, MfS, BV Potsdam, AP Nr. 2065/54, Bl. 15).

152 Vgl. BArch, MfS, BV Potsdam, AP Nr. 2065/54, Bl. 8 f.

153 Vgl. Partei-hochschule „Karl Marx“, Charakteristik vom 3.10.1950 (BArch, MfS, BV Potsdam, AP Nr. 2065/54, Bl. 13) und Schreiben an Genossin Schimmack vom 13.4.1951 (ebd., Bl. 21); Stern, *Uns wirft nichts mehr um*, S. 76–81; dies., *Doppelleben*, S. 64–75.

154 Lebenslauf von Erika Assmus, ca. 1952 (Universitätsarchiv der FU Berlin, StudA Nr. 8440, S. 2 f.).

155 Vgl. Bericht vom 4.7.1951 (BArch, MfS, BV Potsdam, AP Nr. 2065/54, Bl. 26 und 35); Stern, *Doppelleben*, S. 80–87.

de sie als politischer Flüchtling anerkannt.¹⁵⁶ Zu ihrer politischen Disposition in jener Zeit äußerte sie: „Das hatte ich mitgenommen aus der DDR, dass der Sozialismus an und für sich eine gute Sache ist, aber mit Demokratie verbunden werden muss.“¹⁵⁷

Stern wurde an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FU Berlin zum Sommersemester 1952 immatrikuliert; ihr Studienfach war Volkswirtschaft. Nach zehn Semestern – davon zwei Urlaubssemester – gab sie das Studium ohne Abschluss auf.¹⁵⁸ Bald nach der Immatrikulation war sie Assistentin bei Ernst Richert geworden, dem sie wesentlich zuarbeitete.¹⁵⁹ Allerdings legte sie – 29 Jahre alt – 1954 eine der ersten umfassenden Analysen zur SED vor: „Die SED. Ein Handbuch über Aufbau, Organisation und Funktion des Parteiapparates“, das 1954 in Köln in Kooperation der Verlage Rote Weissbücher und Kiepenheuer & Witsch erschien – neben anderen Dokumentationen aus sowjetisch besetzten Ländern. Zu dieser Zeit stand sie bereits beim MfS im Verdacht, „im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes sich mit der Aufweichungs- und Zersetzungstätigkeit gegen die SED zu beschäftigen.“¹⁶⁰

Karl Christian Thalheim (geb. 1900, gest. 1993) wurde in eine evangelische Familie in Reval geboren.¹⁶¹ Sein Vater Edmund war kaufmännischer Angestellter. Thalheim erwarb das Abitur 1917 am Gymnasium in Görlitz (zuvor war er im Evangelischen Internatsgymnasium der Herrnhuter Brüdergemeinde in Niesky).¹⁶² 1917/18 absolvierte er den Vaterländischen Hilfsdienst, dann die militärische Ausbildung, war zuletzt Musketier. Zunächst fungierte er als Hauslehrer. Im Oktober 1919 wurde er an der Universität Leipzig für Geschichte und Germanistik immatrikuliert, belegte am Historischen Institut im Wintersemester 1919/20 Seminare zur Verfassungsgeschichte im frühen Mittelalter, im Sommersemester 1920 dann zur „Geschichte der sozialistischen

156 Vgl. Zöger, geb. Assmus, Erika, o. D. (BArch, MfS, HA XX/AKG Nr. 2408, Bl. 1 f.); Stern, Doppelleben, S. 97.

157 Stern, Uns wirft nichts mehr um, S. 88.

158 Vgl. Carola Stern; Universitätsarchiv der FU Berlin, StudA Nr. 8440.

159 Vgl. Stern, Uns wirft nichts mehr um, S. 122; dies., Doppelleben, S. 99–105; Hüttmann, DDR-Geschichte, S. 42.

160 Vgl. Abschlussbericht zum Gruppen-Operativ-Vorgang vom 12.4.1971 (BArch, MfS, HA XX Nr. 18733, Bl. 10–18, hier 10).

161 Vgl. Ermittlungsbericht des MfS, BV Leipzig über Prof. Dr. Thalheim, Karl vom 9.8.1952 (BArch, MfS, AP Nr. 15003/56, Bl. 42).

162 Zu Karl C. Thalheim ferner vgl. Friedrich Haffner, Prof. Karl C. Thalheim zum 90. Geburtstag. In: Deutschland Archiv, 23 (1990) 5, S. 663–667; ders., Zum Tod von Karl C. Thalheim. In: Deutschland Archiv, 26 (1993) 6, S. 640; Hüttmann, DDR-Geschichte, S. 73–78.

Ideen im 19. Jahrhundert“, schließlich aber bis zum Sommersemester 1924 Seminare zur Staatswissenschaft und für Statistik und Buchführung. Ab dem Sommersemester 1921 ließ er sich für „*rer. pol. et jur.*“ umschreiben.¹⁶³ Bereits während des Studiums war er wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Institut für Auslandskunde, Grenz- und Auslandsdeutschtum der Deutschen Kulturpolitischen Gesellschaft in Leipzig. 1925 promovierte er zum Dr. rer. pol. mit einer Arbeit, die 1926 unter dem Titel „Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland nach dem Kriege“ in Crimmitschau publiziert wurde.¹⁶⁴ Von 1925 bis 1929 war er Lehrbeauftragter an der Handels-Hochschule Leipzig, wo er auch mit der Arbeit „Sozialkritik und Sozialreform bei [Ernst] Abbe [geb. 1840, gest. 1905], [Walther] Rathenau [geb. 1867, gest. 1922] und [Henry] Ford [geb. 1863, gest. 1947]“ habilitierte; sie erschien 1930 in Berlin. In der Arbeit feierte er diese drei Autoren; Abbe exemplarisch als „zu früh gekommene[r] Tugendmensch“ und „Wegbereiter einer neuen Zeit“. Die Auswahl dieser Akteure grenzt an Paradoxie, denn Abbe und Ford wurden schon in dieser Zeit von den Nationalsozialisten als „Bahnbrecher des Nationalsozialismus“ verehrt; auf Abbe bezog sich Adolf Hitler wiederholt in seinen Reden.¹⁶⁵ Dagegen wurde Rathenau mit seinem jüdischen Hintergrund Opfer jener Geisteshaltung.¹⁶⁶ Zunächst war Thalheim als Privatdozent an der Hochschule tätig, ab 1931 als außerordentlicher, ab 1942 als ordentlicher Professor und ab 1936 als Direktor des Wirtschaftsinstitutes.¹⁶⁷

Von 1930 bis 1933 exponierte sich Thalheim in der Volksnationalen Reichsvereinigung,¹⁶⁸ für die er 1930 (vergeblich) für den Sächsischen Landtag kandidiert hatte. Ferner engagierte er sich für die Deutsche Staatspartei und war im Herbst 1932 an der Gründung des Deutschen Nationalvereins aktiv beteiligt – einem Sammelbecken konservativer Kräfte.¹⁶⁹ Im März 1933 un-

163 Vgl. Quästur Karl Thalheim (Universitätsarchiv Leipzig); ferner auch Universitätsarchiv Leipzig, Rep. 1-16-07-C 85, Bd. 2, Karl Thalheim.

164 Vgl. hierzu Heinz Rieter, *Die Anfänge der Wirtschaftswissenschaft an der Freien Universität Berlin. Personen, Institutionen, Konflikte*. In: Christian Scheer (Hg.), *Die deutschsprachige Wirtschaftswissenschaft in den ersten Jahrzehnten nach 1945. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie*, Berlin 2010, S. 25–200, zu Thalheim insbesondere S. 133–151, hier 134.

165 Vgl. Sebastian Demel, *Auf dem Weg zur Verantwortungsgesellschaft. Ernst Abbe und die Carl Zeiss-Stiftung im deutschen Kaiserreich*, Göttingen 2014, S. 34.

166 Zu Rathenau vgl. Christian Schölzel, *Walther Rathenau. Eine Biographie*, Paderborn 2006.

167 Vgl. Rieter, *Anfänge*, S. 135.

168 Vgl. hierzu Claus-Christian W. Szejnmann, *Vom Traum zum Alptraum. Sachsen in der Weimarer Republik*, Dresden 2000, S. 113.

169 Vgl. Rieter, *Anfänge*, S. 138.

terzeichnete Thalheim das „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“.¹⁷⁰ Ab November 1933 gehörte er bei der SA dem Sturm R 22/107 an (zuletzt als Scharführer, was einem Unteroffizier entspricht),¹⁷¹ zudem der NS-Volkswohlfahrt, der NS-Reichsdozentenschaft und dem NS-Lehrerbund (ab 1936 NS-Dozentenbund), jeweils ab 1934, der NSDAP ab Mai 1937 und dem NS-Altherrenbund ab 1939.¹⁷² Seine NSDAP-Ortsgruppe Leipzig-Süden schätzte ihn im September 1937 so ein: „T. steht hinter Staat und Partei und ist in politischer und persönlicher Beziehung als völlig einwandfrei zu bezeichnen“ – obgleich er früher der Volksnationalen Reichsvereinigung angehört hatte.¹⁷³

Während des Nationalsozialismus äußerte sich Thalheim wiederholt antisemitisch. Exemplarisch 1941:

„Wir wissen heute, dass die Rasse nicht nur eine äußere, physiologische Tatsache ist, sondern dass auch die innere Einstellung der einzelnen Menschen und der Völker entscheidend von ihrer rassischen Zusammensetzung bestimmt wird. Das gilt auch von der Einstellung zur Wirtschaft, wie sich im Beispiel der händlerisch-mammonistischen Wirtschaftsgesinnung des Judentums mit ganz besonderer Deutlichkeit zeigt. Die Wirtschaftsgesinnung ist also nicht, wie der Liberalismus annahm, gleichartig bei allen, ‚die Menschenantlitz tragen‘, sondern weist entsprechend der verschiedenen blutmäßigen Zusammensetzung der Völker die allergrößten Unterschiede auf. Die Einsicht in die Zusammenhänge von Rasse und Wirtschaft eröffnet der Volkswirtschaftslehre heute ein großes, neues Erkenntnisgebiet“.¹⁷⁴

In den Jahren 1943 bis 1945 war Thalheim Verbindungsmann des Sicherheitsdienstes (SD) des Reichsführers SS, wozu er 1945 erklärte:

- 170 Vgl. Ernst Klee, *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?*, Frankfurt a. M. 2005, S. 620.
- 171 Vgl. Bericht, o. D. (BArch, MfS, AU Nr. 402/54, Bd. 11, Bl. 1); Karl C. Thalheim: Personalbogen des NSDAP-Kreis Leipzig, 27.2.1944 (BArch, MfS, AP Nr. 2530/63, Bl. 2f.). Hierzu ferner Dominic Detzen/Sebastian Hoffmann, *Accountability and ideology. The case of a German university under the Nazi regime*. In: *Accounting History*, 25 (2020) 2, S. 174–192.
- 172 Vgl. Rieter, *Anfänge*, S. 136.
- 173 Vgl. NSDAP-Ortsgruppe Leipzig-Süden: Thalheim, Dr. Karl, 10.9.1937 (BArch, MfS, AP Nr. 2530/63, Bl. 1); ähnlicher Tenor in Gauleitung Sachsen der NSDAP: Politische Beurteilung über Thalheimer, Dr. Karl, 1938 (ebd., Bl. 4); wie auch NSDAP-Ortsgruppe Süden-B: Schreiben an Kreisleitung – Organisationsamt – Stelle für politische Begutachtungen, o. D. (ebd., Bl. 7).
- 174 Zitiert nach Seeliger, *Braune Universität*, S. 30f. Zu diesem Komplex ferner Rieter, *Anfänge*, S. 143; Carsten Klingemann, *Soziologie im Dritten Reich*, Baden-Baden 1996, S. 302; Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1990, S. 120f.

„Es schien sich mir dadurch die Möglichkeit zu bieten, Wünsche und Sorgen der Hochschule und der Wissenschaft in wirkungsvollere Weise, als das auf anderen Wegen möglich war, der Staatsführung zur Kenntnis zu bringen. Das ist auch tatsächlich der Fall gewesen, da man dem Sicherheitsdienst gegenüber wesentlich offener sprechen konnte als gegenüber irgendeiner anderen Stelle.“¹⁷⁵

1945 räumte er ein, auch „personelle Auskünfte“ an den SD gegeben zu haben.¹⁷⁶ Im Zuge der Entnazifizierung erklärte er 1945, die Mitgliedschaften seien „nur aufgrund meiner politischen Betätigung als Gegner des Nationalsozialismus vor 1933 richtig zu verstehen“.¹⁷⁷ Von ihm seien als SA-Mitglied niemals „irgendwelche Aktionen der Judenverfolgung“ gefordert worden, „es ist mir auch nicht bekannt gewesen, dass SA-Leute in Uniformen solche Aktionen durchgeführt haben“.¹⁷⁸ Mehr noch erklärte er:

„Der Dienst beschränkte sich hier auf eine in bescheidenen Grenzen bleibende paramilitärische Ausbildung – vor allem Ausmärsche und von Zeit zu Zeit Kleinkaliberschüssen – sowie auf die Pflege der Kameradschaft unter Betonung der Volksgemeinschaftsidee [...]. Über diesen normalen Dienst ging lediglich, dass ich von Zeit zu Zeit in meinem Sturm kleinere Vorträge gehalten habe.“¹⁷⁹

Im September 1945 trug er vor, im Vorfeld des 20. Juli 1944 eingebunden gewesen zu sein, vermochte sogar eine Bescheinigung beizubringen, wonach er „sich aktiven antifaschistischen Gruppen angeschlossen [hatte], so etwa im Besonderen dem Kreis um Oberbürgermeister Dr. [Carl] Goerdeler [geb. 1884, gest. 1945] und ihm selbst.“¹⁸⁰ Belege gibt es dafür bislang nicht. Als Thalheim in den 1960er-Jahren seine Ausführungen während der NS-Zeit vorgehalten wurden, erklärte er:

„Das sind vor allem jene Zitate, in denen ich mich über das Judentum geäußert habe. Ich kann sie heute nur mit tiefer Trauer und schmerzlicher Scham wieder lesen [...] Ich habe an den schrecklichen (im vollen Sinne des Wortes schrecklichen) Unsinn, der in diesen Sätzen steht, nie geglaubt. Ich bin nie Antisemit gewesen und bin es auch in der Nazizeit nicht geworden. [...] Man wird mir sagen: ‚Umso schlimmer‘ – und mit Recht. Wer solches geschrieben und daran geglaubt hat, ist weniger schuldig als derjenige, der

175 Zitiert nach Rieter, Anfänge, S. 140.

176 Vgl. Rieter, Anfänge, S. 141.

177 Vgl. ebd., S. 137.

178 Ebd., S. 139 f.

179 Zitiert nach ebd., S. 140; zuerst veröffentlicht durch Siegfried Prokop, Ranger der Wissenschaft. Eine Dokumentation über den Bonner „Forschungsbeirat“. In: Neue Berliner Illustrierte, (1966), S. 14–19, hier 14; zitiert nach BArch, MfS, AP Nr. 13957/73, Bl. 54–58, hier 58.

180 Zitiert nach Rieter, Anfänge, S. 142.

es schrieb und nicht daran glaubte. Ich weiß heute – nicht erst heute –, dass dies der eigentliche Verrat im Geiste war.“¹⁸¹

Thalheim hat sich auf den Nationalsozialismus eingelassen und ihm zugearbeitet; er war der nationalsozialistischen Demagogie erlegen und propagierte sie.¹⁸² Er wurde deshalb im November 1945 aus dem Hochschuldienst entlassen. 1945/46 lebte er wesentlich von Aufträgen der sächsischen Landesregierung.¹⁸³ Doch schon im August 1945 bewertete ihn Helen F. Conover (geb. 1898, gest. 1986) in einer Zusammenstellung, die sie im Auftrag des United States Office of Chief of Counsel for the Prosecution of Axis Criminality vornahm, als einen der Akteure des Nazi-Staates unter dem Rubrum Geopolitik und Lebensraum, insbesondere wegen seiner zusammen mit Arnold Hillen Ziegfeld (geb. 1894, gest. 1964) herausgegebenen Publikation „Der deutsche Osten. Seine Geschichte, sein Wesen und seine Aufgabe“, die 1936 in Berlin erschien.¹⁸⁴

Im Februar 1947 ging Thalheim nach West-Berlin, nachdem er, wie es heißt, von amerikanischer Seite dafür umworben worden sei. Zunächst habe er sich in den USA aufgehalten. Das MfS nahm an, Thalheim werde für einen amerikanischen Nachrichtendienst Informationen aus seinem früheren Umfeld beschaffen, wobei die Gesellschaft für Betriebswirtschaft eine größere Rolle spiele. Ein ehemaliger Kollege Thalheims, der unterdessen für das MfS als „Zahn“ arbeitete, äußerte:

„Nach seiner Flucht erhielt Th. von den Amerikanern sofort eine möblierte Villa und andere materielle Unterstützung. Er hatte oft persönliche Besprechungen mit dem amerik[anischen] Hochkommis[sar John] McCloy. Th. wurde mit der Leitung der Berliner Außenstelle des Bonner ‚Instituts für Raumforschung‘¹⁸⁵ betraut.

Von 1949 bis 1952 hatte überdies der sowjetische Nachrichtendienst Thalheim im Visier und vermutete, Thalheim arbeite

„als Resident für den amerikanischen Geheimdienst. Im Oktober 1948 wurde er Leiter des Büros für ökonomische Aufklärung des amerikanischen Geheimdienstes inner-

181 Zitiert nach Seeliger, Braune Universität, S. 36; vgl. hierzu Rieter, Anfänge, S. 144.

182 Vgl. Rieter, Anfänge, S. 147 und 151.

183 Vgl. MfS, BV Leipzig, Abteilung III: Bericht Prof. Dr. Thalheim, Karl vom 6.9.1953 (BArch, MfS, AP Nr. 15003/56, Bl. 112).

184 Vgl. Helen F. Conover, The Nazi state, war crimes and war criminals for the United States Office of Chief of Counsel for the Prosecution of Axis Criminality, Washington (August) 1945, S. 69.

185 Zwischenbericht über das uns vorliegende Material über die Agenten Thalheim und Lehmann vom 20.4.1954 (BArch, MfS, AP Nr. 15003/56, Bl. 145–150, hier 145). Zum Institut für Raumforschung vgl. Hansjörg Gutberger, Die sozialwissenschaftliche Flüchtlingsforschung des Instituts für Raumforschung. In: ders., Raumentwicklung, Bevölkerung und soziale Integration. Forschung für Raumplanung und Raumordnungspolitik 1930–1960, Heidelberg 2017, S. 181–222.

halb der Dienststelle S 2. Er flog regelmäßig nach Heidelberg, wo sich die Zentrale des Organs S 2 befand, und wo er seine Instruktionen erhielt. [...] Thalheim steuerte etwa 30 Agenten in Westberlin und im Gebiete der damaligen sowjetischen Besatzungszone. [...] Thalheim nutzte seine Verbindungen zu Wissenschaftlern und Mitarbeitern des Verwaltungsapparates in der SBZ für seine Feindtätigkeit aus. T. hat selbst Werbungen durchgeführt. Er sammelte ökonomische und militärische Informationen.“¹⁸⁶

Einige seiner Kontaktpersonen wurden in der DDR inhaftiert.¹⁸⁷ Seit dem Wintersemester 1949/50 hatte er einen Lehrauftrag für Weltwirtschaftslehre an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FU Berlin, zugleich war er 1949/50 Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Berliner Zentralbank. 1950/51 leitete er eine solche Abteilung bei der Industrie- und Handelskammer in West-Berlin. Im Mai 1951 wurde er an der FU Berlin zum Professor für Weltwirtschaftslehre berufen. Seit 1951 war er Direktor der Abteilung für osteuropäische Wirtschaftswissenschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin.¹⁸⁸ Ab 1952 gehörte er dem Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen an.¹⁸⁹ Das MfS ging von einer späteren Mitgliedschaft bei der FDP aus.¹⁹⁰

Der gebürtige Ulmer *Siegfried Unseld* (geb. 1924, gest. 2002) war Sohn des Angestellten Ludwig Unseld (geb. 1896, gest. 1951) und dessen Frau Maria Magdalena (geb. 1897, gest. 1985).¹⁹¹ Er besuchte ab 1935 das Realgymnasium am Blauring, das er 1942 mit einem Notabitur abschloss. Während seiner Schulzeit war er Mitglied des Jungvolks, zuletzt als Fähnleinführer.¹⁹² Von Dezember 1942 an leistete er seinen Wehrdienst als Funker bei der Marine, zuletzt im Range eines Obergefreiten, und ab Juni 1945 in britischen Diensten als Fahrer. 1946 holte er das Abitur nach. Im Oktober 1946 begann er eine Ausbildung zum Buchhandelsgehilfen im Ulmer Aegis-Verlag, die er 1947 abschloss, nachdem er sich zuvor erfolglos für ein Studium beworben hatte. Im Oktober 1947 nahm er eine Tätigkeit im J. C. B. Mohr-Verlag (Siebeck) in Tübingen auf, studierte zugleich Germanistik und in den Nebenfächern Philosophie und Bibliothekswissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität. Dort

186 BArch, MfS, AP Nr. 13957/73, Bl. 4–7, hier 5 f. Vgl. hierzu: Bonner Ostforscher arbeiten für CIA. In: Neues Deutschland, 22.9.1967.

187 Vgl. MfS, Hauptabteilung II/7: Auskunft [über] Prof. Dr. Thalheim, Karl, 12.1.1968; BArch, MfS, AP Nr. 13957/73, Bl. 12.

188 Vgl. MfS, HV A, Abteilung VI: Schreiben an MfS, Abteilung X, 19.3.1969; BArch, MfS, AP Nr. 426/68, Bl. 34–38; Ministerium des Innern CSSR, Berliner Gruppe II: Osteuropainstitut, 1.4.1969, ebd., Bl. 42–48.

189 Vgl. Rieter, Anfänge, S. 135.

190 Vgl. Vernehmungprotokoll des Beschuldigten Wolfgang Silgradt, vom 27.4.1954 (BArch, MfS, AU Nr. 402/54, Bd. 7, Bl. 232).

191 Vgl. Meldekarte Siegfried Unseld (Stadtarchiv Ulm).

192 Vgl. Zulassungsantrag Siegfried Unseld (Universitätsarchiv Tübingen, 364/28784).

promovierte er 1951 zum Dr. phil. mit einer Arbeit über „Hermann Hesses Anschauung vom Beruf des Dichters“.¹⁹³ 1952 begann seine Tätigkeit im Suhrkamp-Verlag, bei dem er 1955 Prokura erhielt. Vom 7. Juli bis zum 24. August 1955 nahm er als einer der ersten – wie auch Ingeborg Bachmann und weitere 38 Teilnehmer aus 17 verschiedenen Ländern – an der Harvard Summer School of Arts and Sciences teil, die von Henry Kissinger als internationales Seminar eingerichtet worden war.¹⁹⁴ Ein Empfehlungsschreiben von Hermann Hesse und Peter Suhrkamp ermöglichte ihm das. Er gehörte somit zu den „Kissinger-Boys“, denen „die Software des Kalten Krieges in die Köpfe“ eingeschrieben worden sei und die Kissinger in der Folgezeit „mit Informationen aus Europa versorgt“¹⁹⁵ hätten.

Nach welchen Kriterien wählten Carl J. Friedrich und Henry Kissinger ihre 15 Berater aus? Und welchen Erfahrungshintergrund hatten sie? Die Forschungslandschaft im Vorfeld des Projekts war in den Jahren 1954/55 überschaubar; der eigentliche „Boom“ der DDR-Forschung setzte erst ab 1956 ein, nachdem dies ab 1953 als politisch erwünscht signalisiert worden war. Bis zu diesem Zeitpunkt ragte vor allem das Osteuropa-Institut an der FU Berlin hervor, an dem eine Reihe von Abteilungen etabliert war. Dabei handelte es sich um die Abteilung des Direktors Prof. Dr. Werner Philipp (geb. 1908, gest. 1996)¹⁹⁶ für Geschichte, von Prof. Dr. Walter Meder (geb. 1904, gest. 1986) für Recht und von Prof. Dr. Karl C. Thalheim für Wirtschaft. Überdies gab es noch eine Sektion für Medizin unter Prof. Dr. Max Brandt (geb. 1890) und für Kunstgeschichte unter Dr. Walter Loeschke (geb. 1895, gest. 1965).¹⁹⁷ Wenn die Wahl auf Thalheim fiel, war dies leicht nachvollziehbar.

An der Universität Kiel gab es das Institut für Weltwirtschaft unter dem Direktor Prof. Dr. Fritz Baade, das ein Wirtschaftsarchiv unter Dr. Roman Muziol und eine Bibliothek unter Prof. Dr. Wilhelm Gülich (geb. 1895, gest.

193 Vgl. Promotionsbericht Siegfried Unsel (Universitätsarchiv Tübingen, 131/1798; Promotionsurkunde; Universitätsarchiv Tübingen, 132/61/1952/1).

194 Vgl. Niall Ferguson, Kissinger. 1923–1968. The Idealist, New York 2015, S. 275–277; Holger Klitzing, The Nemesis of Stability. Henry A. Kissinger's Ambivalent Relationship with Germany, Trier 2007, S. 76–84.

195 Vgl. Jan Bürger, Die Kissinger Boys. Von der Harvard Summer School zur Suhrkamp Culture. In: Zeitschrift für Ideengeschichte, 11 (2017) 4, S. 5–18; hierzu Willi Winkler, Kriegs-Software. In: Süddeutsche Zeitung vom 4.2.2018.

196 Zu Werner Philipp vgl. Hans-Christian Petersen, „Die Gefahr der Renazifizierung ist in unserer Branche ja besonders groß“. Werner Philipp und die deutsche Osteuropaforschung nach 1945. In: Hans-Christian Petersen/Jan Kusber (Hg.), Neuanfang im Westen. 60 Jahre Osteuropaforschung in Mainz, Stuttgart 2007, S. 31–52.

197 Vgl. Jens Hacker, Osteuropa-Forschung in der Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, (1960) 37, S. 591–622, hier 595.

1960)¹⁹⁸ unterhielt.¹⁹⁹ Aus diesem Institut kam Baade zum Zuge. In Berlin gab es ferner das Institut für Politische Wissenschaft an der FU Berlin unter dem Direktor Prof. Dr. Otto Stammer,²⁰⁰ an dem in jener Zeit auch Dr. Ernst Richert und als Assistentin Carola Stern arbeiteten. Alle drei wurden in das Projekt integriert, wodurch dieses Institut wie kein anderes an der Entstehung der Studie beteiligt war. Schließlich wurde auf Dr. Gerhard Abeken zurückgegriffen, der die Abteilung „Mitteldeutschland-Forschung“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung leitete.²⁰¹ Faktisch war auf die führenden Institute und ihr Personal zurückgegriffen worden. Das macht jedoch lediglich ein Drittel der Berater aus; Institute dürften nicht das ausschließliche Kriterium gewesen sein.

Friedrich rekurrierte insbesondere auf den Erfahrungsschatz des RIAS, von dem er Hanns-Peter Herz und Herbert W. Kandler einband; darüber hinaus auch auf Erich Matthias, den Redakteur des seinerzeitigen Leitmediums „Ost-Probleme“. Sonderbarerweise griff er jedoch nicht auf jene Crew zurück, auf deren Arbeit ein enormer Anteil an Belegstellen für die Studie ruhte: auf das „SBZ-Archiv“.²⁰² Weder der Chefredakteur Berend von Nottbeck (geb. 1913, gest. 1990) noch die gewichtigen Redakteure Jürgen Rühle (geb. 1924, gest. 1986)²⁰³ und Ilse Spittmann (geb. 1930, gest. 2022) wurden beigezogen. Im Übrigen wären auch Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim (geb. 1909, gest. 1998),²⁰⁴ Wolfgang Leonhardt²⁰⁵ – er machte 1955 Schlagzeilen mit seinem Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ –, Heinz Lippmann (geb. 1921, gest. 1974)²⁰⁶ oder Robert Franz Paul Bialek (geb. 1915, gest. 1956) infrage

198 Zu Wilhelm Gülich vgl. Fritz Baade, Wilhelm Gülich in Memoriam (1895–1960). In: Weltwirtschaftliches Archiv, 84 (1960) 2, S. 141–146.

199 Vgl. Hacker, Osteuropa-Forschung, S. 598.

200 Vgl. ebd.

201 Vgl. ebd., S. 621.

202 Zum SBZ-Archiv vgl. Karl Wilhelm Fricke, Zur Geschichte des Deutschland Archivs. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, (2005) 17, S. 140–151, hier 142–146.

203 Zu Jürgen Rühle vgl. Birgit Bernard, Jürgen Rühle. In: Internetportal Rheinische Geschichte (<https://rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/juergen-ruehle/DE-2086/lido/60c083743a0962.40940710; 6.6.2023>).

204 Zu Ossip K. Flechtheim vgl. Christian Fenner/Bernhard Blanke (Hg.), Systemwandel und Demokratisierung. Festschrift für Ossip K. Flechtheim, Frankfurt a. M. 1975.

205 Zu Wolfgang Leonhardt vgl. ders., Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 2005; ders., Spurensuche. 40 Jahre nach „Die Revolution entläßt ihre Kinder“, Köln 2000.

206 Zu Heinz Lippmann vgl. Michael Herms, Heinz Lippmann. Porträt eines Stellvertreters, Berlin 1996.

gekommen.²⁰⁷ Sie gehörten nicht dazu.²⁰⁸ Darüber hinaus erscheint naheliegend, dass bei Wolfgang G. Friedrich die brüderliche Verbundenheit ebenso ausschlaggebend war wie bei Siegfried Unseld dessen Teilnahme an der Sommeruniversität in Harvard. Bei anderen, soweit ihr biografischer Hintergrund ermittelt worden ist, erscheint kein schlüssiger Bezug zur Thematik ableitbar wie etwa bei Heinrich Rittershausen, dessen frühe Kontakte zur Harvard University möglicherweise den Ausschlag gaben.

Bekanntlich wird wissenssoziologisch ein Zusammenhang zwischen sozialem Kontext, generationenspezifischen Erfahrungen und Erkenntnis angenommen.²⁰⁹ Daraus lässt sich die Annahme ableiten, die Perzeption der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR korrespondiere damit. In der Tat kamen die Berater nahezu durchgehend aus bürgerlichen Familien mit protestantischem Hintergrund. Nur Hanns-Peter Herz weist einen jüdischen Hintergrund auf. Stammer war konfessionslos und entstammte einer Gastwirtsfamilie. Lediglich Thalheim wuchs vaterlos auf. Gleichwohl scheinen die Berater ihre Jugend – wenn von Thalheim vielleicht abgesehen wird – kaum in ökonomischer Not erlebt zu haben. Einen direkten Bezug zur Arbeiterklasse weist – durchaus nicht überraschend – keiner von ihnen auf.

Wesentlich geprägt durch Monarchie und Ersten Weltkrieg war altersbedingt kaum einer von ihnen. Allerdings erlebte über die Hälfte der Berater noch das Kaiserreich; sicherlich bewusst Baade (Jahrgang 1893) und Rittershausen (1898), aber auch Abeken, Stammer und Thalheim (jeweils 1900) und während ihrer Kindheit Mayer (1902) und Wolfgang G. Friedrich (1905). Unmittelbar an Kriegshandlungen des Ersten Weltkrieges beteiligt dürften nur Baade und Matthias gewesen sein, während Abeken, Rittershausen, Stammer und Thalheim allenfalls im letzten Kriegsjahr involviert waren; wobei Rittershausen selbst nicht zum Zuge kam. Unmittelbare Prägungen aus dem Ersten Weltkrieg und Kampfhandlungen sind Baade und Matthias zu unterstellen. In einzelnen Fällen zeigt sich der unmittelbare Verlust des Vaters: Die Väter Baades und Friedrichs waren „gefallen“; eine langjährige Kriegsgefangenschaft erlitt der Vater von Matthias.

207 Zu Robert Bialek vgl. Michael Herms/Gerd Noack, *Aufstieg und Fall des Robert Bialek*, Berlin 1998.

208 Das Staatssekretariat für Staatssicherheit fasste in einer Dienstanweisung Nr. 19/56 die wesentlichen Akteure DDR-kritischer Publizistik zusammen (BArch, MfS, BdL Nr. 002228, Bl. 3–111).

209 Vgl. Karl Mannheim, *Wissenssoziologie*, Berlin 1964; Norbert Elias, *Wissenssoziologie. Neue Perspektiven. Teil I und II*. In: ders., *Aufsätze und andere Schriften II. Gesammelte Schriften*, Frankfurt a. M. 2006, Bd. 15, S. 219–286.

Die Weimarer Republik haben alle Berater erlebt, teils lediglich als Kinder wie die jüngsten Berater des Projekts: Unseld (Jahrgang 1924), Stern (1925), Kundler (1926) und Herz (1927). Ansonsten haben alle in diesen Jahren studiert, oftmals mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung, teils promoviert und einzelne habilitiert. Ein Teil exponierte sich politisch in der Weimarer Zeit, soweit bekannt. Baade, Mayer und Stammer sind in unterschiedlichem Grade dem sozialdemokratischen Milieu zuzuordnen, Baade sogar in exponierter Form. Rittershausen vagabundierte politisch zwischen der konservativen Deutschen Vaterlandspartei (1917/18), der SPD (1930/31) und dann offenkundig dem NSDAP-Milieu (ab 1932). Thalheim engagierte sich ab 1930 bei der eher als konservativ ausgelegten Volksnationalen Reichsvereinigung. Mithin deutet sich – auch mit Blick auf politische Dispositionen nach 1945 – eine sozialdemokratische Dominanz unter den Beratern an.

Das zwölf Jahre währende Dritte Reich bedeutete für alle Berater einen tiefgreifenden Einschnitt, wird folglich ebenso als prägend anzusehen sein wie die Weimarer Demokratie. Das Gros der Berater fügte sich in die nationalsozialistische Welt ein, teils aus Überzeugung. Exponiert im nationalsozialistischen Kontext, soweit bislang ersichtlich, waren lediglich Rittershausen und Thalheim. Bei beiden sind antisemitische Äußerungen belegt. Rittershausen war nicht wie Thalheim Mitglied der NSDAP, doch schlossen sich beide diversen NS-Organisationen an, Thalheim auch als Scharführer der SA. Die jüngeren Berater gehörten altersbedingt BDM (Stern) oder Jungvolk/Hitlerjugend (Matthias, Unseld) an. Der überwiegende Teil der Berater überstand die NS-Zeit unbelastet. Baade und Mayer emigrierten, Stammer war aus politischen Gründen zeitweise arbeitslos und Richert in subalternen Funktionen tätig, möglicherweise in Aktivitäten des NKFD eingebunden.

Die Sowjetische Besatzungszone der Jahre 1945 bis 1949 erlebten nur wenige, interessanterweise überwiegend in Leipzig. Thalheim wechselte 1947 von Leipzig nach West-Berlin, Richert und Stammer 1949 und Stern im gleichen Jahr aus Potsdam nach West-Berlin. Dieses Quartett hatte unmittelbar in der „Sowjetzone“ gelebt, die meisten anderen nach 1945 in West-Berlin, also sehr nahe und somit faktisch in den politischen Prozess involviert. Abgesehen von Mayer, der sich in den USA aufhielt, waren alle Teil des Kalten Krieges. Bei einigen ist ein nachrichtendienstlicher Bezug offenkundig (Stern), aber bei nahezu allen ein amerikanischer, teils noch aus den Tagen der Weimarer Republik (Rittershausen). Mithin deutet die Auswahl der Berater auch deren Verhältnis zu den amerikanischen Interessen an, auf jeden Fall eine prowestliche Orientierung. Eine Mitgliedschaft in der SED (dann der SPD) wiesen lediglich Richert, Stammer und Stern auf, die vom Institut für Politische Wissenschaft an der FU Berlin kamen.

Nach gegenwärtigem Stand fanden sich bei den Recherchen zu den Beratern keine Hinweise auf eine Auseinandersetzung mit Carl J. Friedrichs Totalitarismusmodell. Es scheint: Sie gaben wesentlich ihre Expertise zu Fachfragen, die SBZ bzw. die DDR betreffend. Das wirft die Frage auf: Worum geht es in der Studie?

4. Inhalt der Studie

Die Studie befasst sich in drei Kapiteln soziologisch, politisch und ökonomisch mit der DDR, die, zeitgenössisch üblich, durchgehend als Sowjetzone firmierte. Im Vorwort erfolgt eine in unserem Zusammenhang wichtige Charakterisierung der „Soviet Zone of Germany, organized in 1949 as the German Democratic Republik (Deutsche Demokratische Republik – DDR)“. „Von der DDR zu sprechen, war weithin verpönt; wer es dennoch tat, galt als Kommunist“,²¹⁰ erinnerte sich Carola Stern später.

Für die einzelnen Abschnitte zeichnen unterschiedliche Verfasser, wobei Carl J. Friedrich die allgemeinen Leitlinien vorgab. Er selbst schrieb die Hintergrundanalyse, den Abschnitt über Propaganda, zusammen mit dem damaligen Redakteur der Zeitschrift „Ostprobleme“ und späteren Politikwissenschaftler Erich Matthias das Kapitel über subversive Möglichkeiten und mit Henry Kissinger das über die Geschichte. Letzterer schrieb den größten Teil zum historischen Hintergrund. Horst Mendershausen berichtete über die Entwicklung des gesamten Wirtschaftssektors in der DDR. Herbert J. Spiro bereitete den größten Teil des Kapitels zur Politik auf, einschließlich des Abschnitts über das konstitutionelle System, die Regierungsstruktur, die politische Dynamik und die öffentliche Ordnung und schließlich einen Teil des Abschnitts über öffentliche Reaktionen. Vytautas M. Kavolis verfasste wesentlich die soziologische Untersuchung, insbesondere die Abschnitte über Bevölkerung, ethnische Gruppen, Sprachen, Bildung, Gesundheit und Wohlfahrt. Albert A. Mavrinac analysierte die Situation der Arbeitskräfte. Jürgen Herbst untersuchte die politischen Biografien wichtiger Akteure in der DDR und die Jugend, zu der Hanns-Peter Herz ein Memorandum (offenkundig zur Freien Deutschen Jugend) beitrug. Melvin Croan skizzierte wesentlich die Außenpolitik.

Die meisten Konsultanten reichten Ausarbeitungen ein: Gerhard Abeken, später beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung verantwortlich tätig, verfasste ein Memorandum zu Handel, Planung, Bankwesen und Währung der DDR und Prof. Dr. Fritz Baade, von 1948 bis 1961 Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, lieferte Ausführungen zur Landwirtschaft. Der

210 Stern, Doppelleben, S. 99.

spätere Direktor des Instituts für Bankwirtschaft und Bankrecht, Prof. Dr. Heinrich Rittershausen, skizzierte gleichfalls das Bankenwesen. Der Nationalökonom Prof. Dr. Karl C. Thalheim, der das Osteuropa-Institut an der FU Berlin aufbaute, stellte seine Arbeit über Industriepotenzial, Binnenhandel und Planung zur Verfügung. Wolfgang G. Friedrich, der Bruder Carl J. Friedrichs, und der 1933 in die USA emigrierte Soziologe Carl Mayer verfassten Memoranden zur Religion.

Herbert W. Kundler, der an der Harvard University studierte und ab 1951 beim RIAS arbeitete, trug eine Studie zur öffentlichen Information bei. Ernst Richert brachte ein Memorandum über sein Spezialgebiet Propaganda ein. Carola Stern schrieb das Kapitel zur Familie. Sie war von 1947 bis 1951 Quelle des amerikanischen Nachrichtendienstes CIC, als sie Dozentin an der SED-Parteihochschule „Karl Marx“ in Kleinmachnow war, floh nach Berlin (West), studierte an der Deutschen Hochschule für Politik unter Ernst Richert, währenddessen sie das Harvard-Projekt unterstützte.²¹¹ Der beim Suhrkamp-Verlag angestellte Dr. Siegfried Unseld schrieb das Kapitel zur Kunst offenkundig während seines Aufenthaltes von Juli bis August 1955 an der von Henry Kissinger ausgerichteten²¹² Harvard Summer School of Arts and Sciences. Dort lernte Unseld auch Ingeborg Bachmann kennen, die ebenfalls am Seminar teilnahm.²¹³ Schließlich legte Prof. Dr. Otto Stammer eine Studie über die soziale Struktur in der SBZ vor. Nicht ausgewiesen sind Beiträge von Christamaria Selle und Ulrich Heinemann-Rufer, die zusammen mit dem angeführten Herbert W. Kundler zur öffentlichen Information publizierten.²¹⁴ Dass deren Nennung ausblieb, mag ein redaktioneller Fehler gewesen sein. Ungeachtet dessen stützte sich Carl J. Friedrich nicht unerheblich auf Zuarbeiten von Wissenschaftlern, die – wie Carola Stern und Ernst Richert – unmittelbare Kenntnis der „Soviet Zone“ hatten. Mithin stützte sich die Projektleitung auf Berater mit unterschiedlicher Expertise. Doch auf welche Literatur konnte zurückgegriffen werden?

211 Vgl. ebd. Dieses Projekt erwähnt sie in ihren Erinnerungen nicht.

212 Vgl. Bürger, Die Kissinger Boys.

213 Vgl. Felicitas von Lovenberg, Wir haben noch einen Koffer für Amerika. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.5.2010; Ina Hartwig, Malina. Ingeborg Bachmann fragt nach der Utopie von Liebe und der Utopie von Politik. In: Die Zeit vom 2.8.2012.

214 Vgl. Herbert W. Kundler/Ulrich Heinemann-Rufer/Christamaria Selle, Das öffentliche Informationswesen der Sowjetzone Deutschlands. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 6 (1956) 18, S. 281–294.

5. Literaturbasis der Studie

Neben der Expertise von – wie sie später hießen – DDR-Forschern berücksichtigte die Studie eine Reihe von Publikationen, wesentlich aus dem deutsch-deutschen wie amerikanischen Raum. Von großer Bedeutung waren die monatlichen Periodika „SBZ-Archiv“ und „Ost-Probleme“. Das „SBZ-Archiv“ war seit dem Jahre 1950 mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen im Verlag Kiepenheuer & Witsch in Köln erschienen; die „Ost-Probleme“ wurden von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde seit dem Jahre 1949 von der Deutschen Verlags-Anstalt herausgegeben. Darüber hinaus thematisierte das recht umfangreiche Schrifttum des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen zentrale Aspekte der Entwicklung in der DDR. Hinzu kam die DDR-Publizistik wie das „Neue Deutschland“, die „Junge Welt“ und diverse andere Zeitungen und Zeitschriften. Abgesehen von diesen Quellen handelte es sich weithin um Literatur der Jahre 1950 bis 1955, die wesentlich an ein breites Publikum zur Aufhellung über das Wesen der DDR gerichtet war. Beispielsweise stützten sich die Ausführungen zur DDR-Staatsicherheit nahezu ausschließlich auf eine Propagandabroschüre von Bernhard Sagolla, welche die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit unter dem Titel „Die rote Gestapo“ im Jahre 1952 veröffentlichen ließ.²¹⁵ Insoweit weist die Quellenbasis arge Ungleichgewichte auf. Während das Kapitel „Public Order and Safety“, worunter auch die Staatsicherheit fiel, mit zehn Publikationen – zumeist vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegeben – nur dünn belegt wirkt, stellt sich das für das Unterkapitel „Subversive Potentialities“ schon anders dar. Es verweist zwar nur auf sieben Schriften, verarbeitet jedoch reichlich Quellenmaterial.²¹⁶

Sicherlich war die Literaturbasis zum Zeitpunkt des Projekts überschaubar. Dennoch scheint deren Sichtweise und Wahrnehmung in der Studie deutlich vom Kalten Krieg geprägt. Sie stand wesentlich unter dem Eindruck der Stalin'schen Terrorjahre in der SBZ/DDR, deren Herrschaftspraxis mit dem Ableben des Diktators Anfang März 1953 jedoch Nachjustierungen erfuhr. Allerdings wurden das *vor* dem Aufstand vom 17. Juni 1953 eingeleitete und nach einem Monat wieder abgebrochene Tauwetter in der Studie ebenso übersehen wie die Vorboten der Tauwetter-Periode unter Nikita S. Chruschtschow (geb. 1894, gest. 1971), wo ansatzweise Bemühungen um eine Entspannung des

215 Vgl. S. 307–315 in diesem Band. Bernhard Sagolla, *Die rote Gestapo. Der Staatssicherheitsdienst in der Sowjetzone*, Berlin 1952. Zur Bewertung dieser Publikation vgl. Petra Weber, *Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945–1961*, München 2000, S. 256.

216 Vgl. S. 322–327 in diesem Band.

Ost-West-Konflikts erkennbar wurden. Die zögerliche „Entstalinisierung“ fand erst im Anschluss an den XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 statt – bekannt durch die Geheimrede über den Personenkult, die immerhin stalinistische Verbrechen der 1930er-Jahre thematisierte und im Kern die Spur zur „friedlichen Koexistenz“ in der sowjetischen Außenpolitik legte. Dem waren Signale vorangegangen wie etwa die ab Oktober 1955 erfolgte Rückkehr von über zehntausend Kriegsgefangenen nach dem Besuch des Bundeskanzlers Konrad Adenauer einen Monat zuvor.²¹⁷ Diese Entwicklungen blieben in der Studie unberücksichtigt, obwohl mit Blick auf einen (nicht angegebenen) Redaktionsschluss Literatur eingeflossen ist, die im Oktober 1955 erschienen war.²¹⁸

217 Vgl. Karen Lass, *Vom Tauwetter zur Perestrojka. Kulturpolitik in der Sowjetunion 1953–1991*, Köln 2002. Zum Tauwetter vor dem 17.6.1953 vgl. Helmut Müller-Enbergs, *Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni*, Berlin 1991.

218 So eine Ausgabe des theoretischen Organs der SED, *Einheit*, (1955) 10, und das SBZ-Archiv, 6 (1955) 10.